

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit Wahrschrift Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1897 unter Nr. 7437.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgespaltene Kolonelle
 oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 29. Januar 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Am 1. Februar eröffnen wir ein neues Abonnement auf den
 „Vorwärts“
 mit der illustrierten Sonntags-Beilage
 „Die neue Welt“.

Die Änderungen, die wir seit dem 1. Januar eingeführt
 haben, erkennen sich des lebhaftesten Beifalls unseres Leserkreises.
 Unsere

Literarische u. Volkswirtschaftliche Rundschau
 werden allgemein als bedeutungsvolle Bereicherung des In-
 halts unseres Blattes angesehen. Durch unsere
Unterhaltungs-Beilage
 ist dem Unterhaltungsbedürfnis unserer Leser und Leserinnen
 in reichstem Maße Rechnung getragen worden.

Am 1. Februar beginnen wir in derselben mit der Ver-
 öffentlichung des ergreifenden Romans

Jacob der Letzte

von Peter Rosegger.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren sowie
 unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum
 monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonne-
 ments zum Preise von

2,20 M. für die Monate Februar und März

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungsliste für 1897
 unter Nummer 7437.)

Redaktion u. Expedition des „Vorwärts“.

Briefe aus Holland.

Die Arbeiterbewegung in den Niederlanden ist noch immer in
 ihrer Sturm- und Drangperiode. Aber die Zeichen wehren sich, die
 darauf schließen lassen, daß aus dieser Sturm- und Drangperiode
 etwas Neues herauskommen wird: eine politische Arbeiter-
 partei, welche den Klassenkampf führt und, ausgehend von der
 ökonomischen Noth der Arbeiter, diese gegen die Ausbeuterklasse
 organisiert, um die Hände der Gesetzgebung in die Hände zu be-
 kommen, — sich damit die möglichen Verbesserungen ihrer Lage zu
 erringen und auf die Eroberung der politischen Macht los zu steuern.

Die Umstände, welche diesen Entwicklungsprozess im Jahre
 1896 wesentlich beschleunigt haben, sind: der wechselnde Auf-
 und Niedergang der Gewerkschaftsbewegung, welche sich
 selbst bei den günstigsten Verhältnissen und bei einer in der
 ganzen Welt wohl noch nie erreichten Kraft und Voll-
 kommenheit (ich meine den Diamantarbeiterbund) dennoch auch
 bei uns ohnmächtig erwies, die überspannten, an sie geknüpften
 Erwartungen zu befriedigen; der Londoner Kongress, welcher der
 Gegenstand vielfacher und heftiger Erörterungen in Diskussionen in
 öffentlichen Versammlungen und in der Presse gewesen ist und den
 Arbeitern gezeigt hat, daß die Sozialdemokratische Arbeiterpartei,
 sie möge unter den organisierten Arbeitern noch in der Minderheit
 sein, hier die Prinzipien und die Taktik der überwältigenden
 Majorität des kämpfenden Proletariats vertritt; die Zerlegung und
 das ratlose Hin- und Herschwanzen der antiparlamentarischen
 Gruppe des Domela Nieuwenhuis, welche sich mehr und mehr zu
 einem Mischmasch von Loslois'schen, anarchoideben, anti-
 monarchischen, freidenkerischen und sonstigen halbbürgerlichen
 Schattierungen entwickelt; das ebenso ratlose und schwankende
 Benehmen der radikalen Partei, welche das Unmögliche versucht,
 um als „Arbeiterpartei“ gelten zu können, aber hierin scheitert;
 endlich und vor allem das neue und eben in kraft getretene Wahl-
 gesetz, welches alle Parteien, und besonders die unserige, schon
 mobil gemacht hat und der Domela'schen Fraktion den Gnadenstoß
 versetzen dürfte.

Ueber alle diese Punkte einige wenige Worte, damit die deutschen
 Genossen am Anfange des für unsere Partei so wichtigen Jahres 1897
 über die Lage in Holland unterrichtet seien.

In der gewerkschaftlichen Bewegung habe ich das
 spontane Entstehen des Rotterdammer Dockarbeiterbundes im Frühjahr
 nach einem halb gewonnenen Streik, seinen raschen Aufschwung und
 seinen ebenso raschen Niedergang zu verfolgen. Noch viel stolzer
 entwickelte sich in Amsterdam der Diamantarbeiter-Bund, welcher
 90 pCt. der im Fach beteiligten Arbeiter umfaßte und sich schon
 als Beherrscher der Industrie fühlte, die in Amsterdam ihren Haupt-
 stütz hat. Als die Arbeitgeber mit einer Ausperrung drohten, falls
 der Bund den über einen der ibrigen verhängten Bonott nicht auf-
 hob, hat der Diamantarbeiter-Bund sich aufgelöst, in der Meinung,
 die eigentümlichen Zustände in dieser Industrie, welche ganz auf
 dem vom Bunde errungenen und aufrecht erhaltenen Lohnzins auf-
 gebaut waren, werden die Arbeitgeber zwingen, sich entweder dem
 Willen des Bundes zu fügen, oder mit dem Bunde zu gründen zu
 geben. Damit hat es aber noch lange Weile und ein Diamant-
 arbeiter, Genosse De Levita, sagt sehr zutreffend im
 Partei-Organ „De Sociaal-demokraat“, daß, solange der
 Kapitalismus besteht, keine Gewerkschaft von Arbeitern, und sei sie
 noch so mächtig, die Industrie beherrschen und unbesiegbar sein
 kann. Natürlich kann jeden Tag der Bund, dessen großer Streik-
 fonds, etwa 100.000 M., noch unberührt ist, sich wieder ins Leben
 zurückrufen, aber sein Ansehen hat jedenfalls sehr gelitten.

Der Streik der Glasarbeiter in Maastricht zur Verteidigung des
 Vereinsrechtes gegen den berüchtigten Fabrikanten Regout, wobei
 sie von der ganzen Arbeiterschaft und sogar von den Radikalen
 unterstützt wurden, hat mit einer Niederlage geendet. Auch in den vielen
 anderen Orten, wo in diesem Jahre die Koalitionsfreiheit von den
 Unternehmern angegriffen wurde, erwies sich der Widerstand der
 Arbeiter ohnmächtig. So hat das vergangene Jahr fortwährend

die Missionen der Antiparlamentarier liegen gestraft, welche
 noch immer zu ihrer „rein ökonomischen Aktion“ schwören. Als
 Folge der Streiks, welche in Amsterdam und Rotterdam in den
 letzten Jahren stattfanden, ist das Einbringen eines Gesetzentwurfes
 der Regierung zur Einführung von Arbeitskammern zu verzeichnen,
 welche aber für uns unannehmbar sind, einmal weil Unternehmer
 und Arbeiter zu denselben zusammen berathschlagt und so die
 Stimme der letzteren moralisch zum Schweigen gebracht werden
 kann, und zweitens, weil ihre Beschlüsse keine Rechtskraft haben.

In Erinnerung der Leser sind noch die skandalösen Vorgänge
 anlässlich der Berichterstattung vom Londoner internationalen
 Kongress. Domela Nieuwenhuis und sein Gefolge sprengten unsere
 Versammlungen und illustrierten so in eigentümlicher Weise die von
 den Anarchisten so gepriesene „volle Freiheit“.

Der angebliche Antiparlamentarismus des Sozialistenbundes ist
 auf seinem letzten Kongress zu einer bloß äußerlichen Etikette herab-
 gewürdigt worden, indem man zwar beschlossen hat, der Bund und
 seine Abteilungen sollten nicht an den Wahlen teilnehmen, die
 Mitglieder aber sollten individuell frei sein, nicht nur um zur Urne
 zu gehen, sondern auch, um sich in Wahlvereinen zu organisieren.
 Zu diesem Pakt mit dem verhassten „Parlamentarismus“ haben die
 Antiparlamentarier des Londoner Kongresses sich bequemen müssen,
 weil bei einer prinzipiellen Auffassung der Sache — wie ein De-
 legitimer es ausdrückte — „die Anarchisten und die Parlamentarier
 den Bund verlassen werden und dieser dann aufgelöst werde“.

Ausdrücklich ist auch betont worden, daß ein Antiparlamentarier
 für die Kammer kandidieren kann: Der Weg ist also für etwaige
 Politiker in diesem sonderbaren Bunde gebahnt.

Weil ein hervorragender Propagandist im Sozialistenbund —
 Van der Meer in Middelburg — sich in der letzten Zeit zum
 Losloisismus bekehrt und aus christlicher Liebe sich geweigert hat,
 sich als „Schutter“ zu melden, hat man auf dem Kongress des
 Sozialistenbundes auch die Frage erörtert, ob Anhänger
 des Loslois'schen passiven Widerstandes Mitglied des Bundes
 sein können. Man hat auch verstanden, diese Frage prinzipiell zu
 beantworten und nur erklärt, die schütterliche Dienstverweigerung des
 Van der Meer sei eine revolutionäre That. So kann dieser sanft-
 mütige Mensch, der auf dem Kongress erklärte, wenn jemand versuchen
 möchte, sein Weib zu tödten, so werde er denselben nicht mit
 Gewalt, doch nur mit überredenden Worten widerstehen, Mitglied
 bleiben einer Partei, deren absonderliches Merkmal es ist, wie
 Domela einmal sagt, daß sie den Sieg des Proletariats vermittelst
 einer gewaltthätigen Revolution anstrebt.

Ich meine, daß der Name einer Partei, welche, um nur den
 Schein ihres Bestehens zu retten, so charakterlos und unprinzipiell
 verfährt, sich selbst das Todesurtheil spricht. Daß es die Männer
 eben jener Partei sein mußten, die auf dem internationalen Kongress
 sich als Vertreter des sozialistischen Prinzipes aufzuspielen wagten, das
 ist wohl eine der glänzendsten Ironien des Schicksals, ein eklatanter
 Widerspruch, wie man nur wenig antrifft.

Wir aber, die wir in Holland die Bildung einer Klassenbewußten
 Arbeiterpartei auf internationaler Grundlage antreiben, werden uns
 mehr und mehr darüber klar, daß der sittliche und geistige Verfall des
 Nieuwenhuis'schen Häufchens unsern Sieg beschleunigen wird.

In den bürgerlichen Parteien Hollands gährt es
 nicht weniger, wie in der sozialistischen Arbeiterbewegung. Als
 1896 nach dem Mißlingen der fortschrittlichen Wahlreform des
 Ministers Tol van Voortvliet die Kammer aufgelöst wurde, waren
 bei den Wahlen alle Parteien gespalten. Jede von ihnen war in
 eine „demokratische“ und eine „konservative“ Fraktion getheilt. Auf
 einmal zeigten die theologischen Hebel an, in welchen die bürger-
 lichen Parteien im religiösen angelegten Holland sich gewöhnlich ver-
 stecken, und die Sonne des Klassenkampfes sah einen Augenblick die
 sozialen Gegensätze zwischen Groß- und Kleinbürgerthum deutlich
 hervortreten — alle alte Formeln waren vergessen und die
 einzige Lösung war: für oder wider die Demokratie. Von
 der damals stattgefundenen Spaltung hat sich nur die
 katholische Partei erholt, deren Kammer-Abgeordnete sich auf Grund-
 lage eines Programms vereinigt haben und welche mit Syllabus
 und Encyclica die Hirten und die Schäferin, Scheerer und Ge-
 schoene, alle Katholiken in einer sozial angehauchten konservativen
 Partei zusammenhalten bestrbt ist. Damit dieses Kunststück
 gelingen kann, haben die Bischöfe allen katholischen Organen ver-
 boten, einander zu belämpfen, und es herrscht im katholischen
 Lager wieder die Stille des Todes.

Von der anti-revolutionären (Calvinistischen) Partei
 sind die frommen Junker und Barone, welche sich heute dazu herab-
 ließen, von den „kleinen Leuten“ unter Gottes Segen die hohen
 Staatswürden und fetten Pensionen anzunehmen, ausgeschieden, als
 besagte „kleine Leute“ unter Führung ihres (wie sie es nennen) „von
 Gott gegebenen Führers“, des Abraham Kuyper, im Wahlreform-
 streit die Partei des liberalen Ministers Tol van Voortvliet
 ergriffen.

Die liberale Partei, welche auf sozialem und politisch-
 reformatorischem Gebiete seit 40 Jahren durch ihre Zusammenfassung
 aus konservativen und demokratischen Elementen gelähmt war und
 nur durch eine antikerikale Politik ihre Einheit bewahrte, hat sich
 ebenfalls gespalten und die mehr fortgeschrittenen Elemente sind in
 der „Liberalen Union“ zurückgeblieben.

Die Radikalen sind die zu früh geborenen Epigonen des liberalen
 Bürgerthums, welche versucht haben, sich von den Konservativen los
 zu reißeln in einer Zeit, als die Kleinbürger noch konservativer waren,
 als die Bankiers, und als die wenigen Arbeiter, welche sich um
 politische Fragen kümmerten, entweder der liberalen Partei
 oder der sozialistischen Bewegung angehörten. Sie haben
 es nie zu einer wirklichen Partei bringen können und
 verfügen nicht einmal über ein Organ. Mit Hilfe anderer Minori-
 täten sind einige von ihnen in den Gemeinderath von Amsterdam ge-
 wählt, und zwei Radikale, die Herren Gerritsen und De Boer, sind
 Mitglieder der Zweiten Kammer, worin sie eine sehr unbedeutende
 Rolle spielen. Sie fürchten alle Agitation, wie die verschiedensten
 Konservativen, und wollen dennoch eine „Arbeiterpartei“ sein.
 Sie bilden sich ein, mit der Kammer, welche von den
 neuen Wählern gewählt wird, etwas Nützliches leisten zu können
 und wollen deshalb lieber „soziale Reform“ machen, als mit uns

*) „Schutter“ heißt unsere Bürgerwache (garde civique), welche
 wegen ihrer gänzlichen Ungefährlichkeit ein fortwährender Gegen-
 stand des Volkshumors ist.

eine neue Kampagne in und außer dem Parlamente eröffnen für
 das allgemeine Wahlrecht. So werden sie sich gewiß einmal mit
 der „Liberalen Union“ verschmelzen. Einstweilen zanken sie sich
 unter einander wie Hund und Katze und der einzige politische Kopf
 unter ihnen, Herr Treub, hat sich vom politischen Leben zurück-
 gezogen und eine Professur an der Universität Amsterdam an-
 genommen, die die Mitglieder des Gemeinderaths ihm angeboten
 haben, um feiner als Unterbürgermeister los zu werden.

Die S. D. A. P. (Sozialdemokratische Arbeiterpartei) hat vom
 Augenblick ihres Entstehens an eingesehen, daß nur innerliche
 Einigkeit auf dem Boden der internationalen Sozialdemokratie im
 stande ist, auf die Dauer aus den bestehenden Organisationen
 die tüchtigsten Elemente anzuziehen und die Massen für ein dauer-
 haftes politisches Leben zu gewinnen. Unsere Presse besteht aus
 einer Monatschrift „De Nieuwe Tijd“, worin die theoretischen Fragen
 behandelt werden, dem Partei-Organ „De Sociaal-demokraat“, welches
 die Organisation und die politische Thätigkeit der Partei befördert
 und der „Volkstribune“, einem lokalen Agitationsblatt für den
 katholischen Süden. Die beiden letztgenannten sind Wochenblätter.

Die Möglichkeit für ein aktuelles Eingreifen in die Politik
 durch die Presse ist also nicht gegeben; uns fehlen die Mittel für
 ein dreimal wöchentlich erscheinendes Blatt, wie es „Recht voor
 allen“ ist.

Wir hoffen, daß die Erfolge des bevorstehenden Wahlkampfes
 für unsere Partei derartige sein werden, daß wir Boden,
 auch für unsere Presse, gewinnen. In Utrecht, Almelo, Arsen,
 Groningen, Harlem und Leeuwarden und anderen Orten sind von
 unseren Parteigenossen schon Arbeiter-Wahlvereine gegründet
 worden; in Rotterdam haben die Gewerkschaften sich mit
 unserer Partei zu einer gemeinschaftlichen Aktion bei den
 Wahlen verbündet. Besonders im Norden des Landes, in
 den Provinzen Friesland und Groningen, entfaltet unsere Partei
 eine rege Thätigkeit. Dort hoffen wir, ein paar Wahlkreise
 zu erobern.

Die unter unserem Einfluß gegründeten Wahlvereine unter-
 scheiden sich von den bürgerlichen Vereinen dadurch, daß sie die
 Verfassungsrevision zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts an
 die Spitze ihres Programmes setzen. Eine andere Forderung,
 die in der Gewerkschaftsbewegung im Vordergrund steht,
 ist die Einführung eines Reichs-Pensionsgesetzes für alle
 Arbeiter. Zur Durchsetzung dieser Forderung hat sich ein
 Verband niederländischer Arbeitervereine gebildet. Der Sozialisten-
 bund ist dieser Bewegung ferngeblieben; unsere Partei-
 genossen bilden aber darin die treibende Kraft. Auch die
 Bäcker haben eine Agitation zur geschlichen Abschaffung der Nacht-
 arbeit begonnen, welche ebenfalls dazu beitragen wird, die Arbeiter
 in die politische Arbeiterbewegung und damit in unsere Partei zu
 ziehen.

Freudigen Muthes werden die holländischen Sozialdemokraten
 die Wahlen betreten.

Politische Uebersicht.

Berlin, 28. Januar 1897.

Aus dem Reichstage. Es ist schon lange her, daß
 der Post-Stat zu pompösen Kundgebungen für den gewaltigen
 Kulturfortschritt, an dessen Spitze Deutschland marschirt, be-
 nutzt wurde. Herr v. Stephan überschüttete damals den Reichs-
 tag regelmäßig mit Unsummen von Zahlen und sonstigen
 statistischen Angaben und die Majorität spendete dem
 Postgewaltigen donnernden Beifall. Heute ist das
 anders geworden. Von Reformen ist es im Reichs-
 Postamt schon lange stille geworden und so drehte sich die
 ganze Debatte heute um Forderungen, die eigentlich so selbst-
 verständlich sind, daß nur die vollständig eingerostete Verwal-
 tungsmaschine im Reichspostwesen es erklärlich macht, daß sie
 nicht längst durchgeführt sind. Erhöhung des Maximalgewichtes
 der einfachen Briefe von 15 auf 20 Gramm, Durchführung
 eines neuen auf gerechterer Grundlage beruhenden
 Post-Zeitungsstarifes und Herabsetzung der Telephongebühren,
 das sind ebenso alte, als leicht zu erfüllende Forderungen,
 welche heute zum wer weiß wie vielen Male von den Ab-
 geordneten Müller-Sagan, Hug und Dr. Hamacher
 wieder gestellt wurden. Herr v. Stephan und sein
 Ablass Dr. Fischer hatten aber für alle diese
 Wünsche nur ein kaltes Nein. Die Zeiten der Reform sind
 eben vorbei. Treffend kennzeichnete unser Genosse Singer
 dieses Verhalten der Postleitung dahin, daß der General-
 postmeister alles a limbo abweise, was die Ueberschüsse ein-
 schränke. Die Post sei nach dieser Auffassung weniger ein
 Kultur- als ein Institut für fiskalische Plasmacherei.
 Außerdem erörterte unser Redner die Beschwerden der Be-
 amten über die mangelhafte Durchführung der Sonntagsruhe
 und des Sommerurlaubes, und stellte fest, daß seitens einzelner
 oberer Postbehörden den Untergebenen gegenüber ein Ton an-
 geschlagen werde, wie man ihn für unmöglich halten sollte.
 Als Beispiel verlas Singer ein Birkular des Karlsruher Ober-
 postdirektors Hef. Auch den Fall Washford und die famose An-
 ordnung auf dem Centraltelephon-Amt in Berlin, Aufträgen
 aus dem Unionklub als bevorzugt zu behandeln, streifte Singer
 und knüpfte daran die Frage, womit man eine derartige
 Bevorzugung gegenüber den bürgerlichen Abonnenten recht-
 fertigen will?

Die Antwort auf diese Anfrage gab Dr. Fischer dahin,
 daß eine Verordnung, solche Bevorzugung eintreten zu
 lassen, nicht existire; daß aber die Bevorzugung thatsächlich
 existire, leugnete der Herr nicht.

Nachdem auch Werner (Antisemit) eine Reihe von Be-
 schwerden aus dem Kreise der Postbeamten vorgebracht und
 Dr. Hamacher sich energisch über den Schneidengang auf
 dem Postgebiet beschwert hatte, trat die Vertagung ein.

Morgen 1 Uhr: Fortsetzung. —

Aus Wuzang. Daß der Geburtstag des Monarchen von Hoflieferanten, Kriegervereinen und Fabrikanten-Vereinigungen, von Nationalliberalen und Konservativen, von katholischen Pfarrern, evangelischen Pastoren und jüdischen Rabbinern gefeiert wird, daß verzieht sich von selbst, darüber würden wir zu allererst ein Wort verlieren; auch die Schulfeiern müssen stattfinden, und sie doch amtlich vorgeschrieben; das gleiche gilt von den Festreden auf den Hochschulen. Aber gerade von den letzteren sollte man doch gewisse Rücksichten erwarten, Rücksichten, die die wissenschaftliche Stellung des Vortragenden und der Zuhörer anerkennen. Völlig frei von solchen Rücksichten wühlte sich unzweifelhaft der Festredner der hiesigen Universität, der Geheimrevisor Dr. W. Kahl. Nach einer Huldigung an den regierenden König und sein Haus folgt folgender Satz: Als auf der von dem Großen Kurfürsten 1635 errichteten reformierten Universität Duisburg, eiserne Geisteskräfte gegen den Vortrag der karlsbader Philologie Beschwerde erhoben, antwortete Friedrich Wilhelm, daß keiner der Professoren für seine Lehre einer Synode oder Kirchen-Versammlung verantwortlich sei. Den Einzelheiten des Vorfalles bin ich nicht nachgegangen. (Diese wissenschaftliche Vorsicht! D. Red.) Die Worte, wie hier wiedergegeben, sind entnommen aus Drogens Geschichte der preussischen Politik. Aber ich schöpfe aus jenem Fürstwort die Berechtigung, am Ehrentage des Königs mich, soweit die Frage in den Geschichtsbereich des Kirchenrechtslehrens tritt, über Befreiungsgewalt und Lehrfreiheit zu äußern.

Hat Professor Kahl eine so niedrige Meinung von der Kenntnis der Geschichte der Philosophie bei seinen Zuhörern, daß er nicht fürchtete, daß bei diesem Sage jedem sofort die intolerante Haltung Friedrich Wilhelm I. gegen den berühmten Vorläufer Kants, Christian Freiherrn von Wolff, einfallen wird? Weil er als Lehrer an der Universität Halle, dem Hauptsitze des Pietismus, seine Lehren nicht den Forderungen des Modernismus anbequeme, wurde er durch eine Kabinettsordre des Hohenzollern Friedrich Wilhelm I. vom 15. November 1723 seiner Stelle entsetzt, und ihm unter Androhung des Stranges befohlen, Halle in 24 Stunden zu verlassen. Der Mann, den seine deutschen und ausländischen Zeitgenossen, die auf dem gleichen Gebiete der Wissenschaft arbeiteten, als den hervorragendsten Vertreter ihres Faches verehrten, der Mann mußte sich die schmachvollste Behandlung auf den direkten Eingriff des Königs gefallen lassen, weil er seine Philosophie nicht im Geiste der exzessivsten Geisteslichen hielt! Und unter Friedrich Wilhelm II. hatte die Freiheit der Wissenschaft auch nicht einen sicheren Hort im Schutze des Hohenzollernhauses. Der größte deutsche Philosoph Kant mußte sich die Zensurierung seiner Schriften in Preußen gefallen lassen. Und die Systeme Eichhorn und Kammer, sind die nicht der reine Hohn auf die Lehrfreiheit gewesen?

Und da schließt der Geheimrevisor Kahl mit dem Ausblicke in alle Zukunft:

Nichts wird geschehen, was das Erbe unserer Freiheit schmälern könnte.

Ein anderer Festredner, Professor Dr. M. Delbrück, sprach in der landwirtschaftlichen Hochschule über die Gärtnereigewerbe und die Stärkefabrikation in ihrer Entwicklung und in ihren Beziehungen zur Landwirtschaft. Er schloß nicht gerade in engem Zusammenhange mit dem Thema seinen Vortrag mit dem folgenden Satze:

Möge es unserm geliebten Monarchen in starker Wehr zu Wasser und zu Lande gelingen, äußere und innere Feinde niederzukämpfen, auf daß uns der Friede zur Entfaltung segensreicher Kulturarbeit gesichert bleibe!

Man sieht, daß diese Reden nicht der Wissenschaft dienen, daß sie die Wissenschaft hintanstellen, sie ignorieren, wenn es gilt, möglichst deutlich ihre Loyalität an den Tag zu legen.

Zum Prozeß Tausch schreibt die „Köln. Ztg.“: „Noch ist der erste Akt kaum vorüber; was die spätere Zeit bringen wird, ist nicht voraussehbar; die Zahl derjenigen, denen solche Aufdeckung zuwider und unheimlich ist, scheint freilich nicht gering zu sein, und es machen sich mannigfache Anzeichen des Wunsches geltend, die weitere Aufklärung zu vertuschen.“

Noch ein Nachspiel zum Prozeß Ledert-Lühow. Dem „Damb. Kor.“ zufolge verläuft in parlamentarischen Kreisen, daß auch gegen den früheren Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff etwas im Werke sei, dessen Fernbleiben vom Kapitel des Schwarzen Adlerordens schon sehr bemerkt worden war.

Köln, 27. Januar. (Fig. Ver.) Gleiches Recht für alle! Voriges Jahr wurden in Berlin drei Buchbinder zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie ein Exemplar des Armeeverordnungsblattes, ein an sich wertloses Objekt, an sich genommen und dem „Vorwärts“ ermöglicht hatten, seinen Inhalt vor dem Erscheinen der betreffenden Nummer zu veröffentlichen. — In Köln stand dieser Tage eine Sache vor der Strafkammer des Landgerichts zur Verhandlung, die an den Berliner Fall erinnert; denn auch hier handelte es sich um die Entwendung eines noch nicht veröffentlichten Preisergebnisses. Weiter allerdings reicht die Ähnlichkeit nicht; die Motive der That, sowie der gerichtliche Ausgang des Falles sind von dem Berliner Fall so verschieden wie nur möglich. Um so lehrreicher dürfte aber die Gegenüberstellung beider Fälle sein. Der Kölner Vertreter des Depeschen-Bureau „Herald“, Zeitungskorrespondent M., hatte im Jahre 1894 verschiedene auswärtigen Zeitungen Anerbietungen gemacht, ihnen die neuesten Depeschen der „Köln. Ztg.“ zu übermitteln. In dem Angebot hieß es unter anderem: „Ich verfüge frühzeitig über alle offiziellen Depeschen der „Kölnischen Zeitung“ und bin in der Lage, Ihnen dieselben so zeitig übermitteln zu können, als wie diese durch die „Köln. Ztg.“ dort bekannt gegeben werden.“ Die „Köln. Ztg.“, die Kenntnis von diesem Angebot erhielt, forderte die Angelegenheit nach und die Kriminalpolizei stellte fest, daß M. sich durch einen Lausungen der „Köln. Ztg.“ aus der Druckerei Makulaturrezepte bringen ließ zu einer Zeit, wo die betreffenden Nummern für den Stadtverkehr noch nicht freigegeben, sondern erst für die auswärtigen Abonnenten hergestellt waren. Auf dem Wege zum Bahnhof, wohin der Laufjunge die verschürten Zeitungspakete zu den Nachmittags- und Morgenjungen trug, traf er an einer entlegenen Straße den Hausdiener des M. und übergab ihm die entwendeten Exemplare. So war M., nachdem er auf diese Weise in den Besitz der betreffenden Zeitungsummern gelangt war, in der Lage, die darin enthaltenen wichtigen Depeschen für sein Nachrichtenbureau darüber zu verwerthen, als er sie durch Kauf des Exemplars nach Freigabe desselben durch die Expedition erhalten konnte. Den Lausungen der „Köln. Ztg.“ lohnte M. mit 10 Pf. pro Nummer, später mit einem monatlichen Fixum von 3 M. ab; das Schreiben setzte sich fort vom Oktober 1894 bis Juni 1896 und zwar nahmen nach einander an ihm theil zwei Hausdiener der „Köln. Ztg.“ und zwei Hausdiener des M. Die beiden letzteren hatten sich nun wegen Diebstahls, letztere der Hehlerei und M. der Hehlerei und der Anstiftung zum Diebstahl zu verantworten. Der Staatsanwalt hielt die Anklage in vollem Umfange aufrecht und beantragte gegen M. drei Monate Gefängnis, gegen die übrigen Angeklagten, die sämtlich in jugendlichem Alter standen, einen Verweis. Das Gericht erkannte jedoch für sämtliche Angeklagte auf — Freisprechung. Es liege, so heißt es in der Begründung, zwar ein objektiver Diebstahl

vor, doch habe den jugendlichen Angeklagten, den beiden Hausdienern, das Bewußtsein einer strafbaren Handlung gefehlt; damit falle auch gegen M. die Anklage auf Anstiftung zum Diebstahl und Hehlerei und gegen seine Hausdiener wegen Hehlerei.

Man stelle diesen Kölner Fall dem Berliner gegenüber. Hier Männer, die ohne jegliche Nebenabsicht auf materiellen Gewinn, lediglich weil sie glaubten, dem Organ ihrer Partei einen Dienst zu erwiesen, ein wertloses Stück Papier entnommen — sie werden zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt; dort ein Mann, der jahrelang in eigenem hohem Interesse fortgesetzt Diebstahl an Eigentum anderer verübt, oder was richtiger und schlimmer, andere fortgesetzt zum Diebstahl verleitet und sich die Früchte ihrer Thaten zu Nutze macht — er geht frei aus. Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe.

Der Mohr, der angeklagt hat. Heute geht uns folgendes Klagenstück an:

In der Privatklage des Fabrikanten und Landtags-Abgeordneten J. S. Mohr in Wahrenfeld gegen Sie wegen Verleumdung werden Sie hierdurch benachrichtigt, daß der Privatkläger die erhobene Klage zurückgezogen hat.

Allona, den 19. Januar 1897.

Königliches Amtsgericht, Abth. IVa.

— Seine dreißig Jahre besteht in Hannover der Gesangsverein „Ferdinand“, ohne daß, soviel man weiß, die Polizei ihm während dieser langen Zeit etwas in den Weg gelegt hätte. Nachdem aber der Verein dem Wund der vereinigten Arbeiter-Liedertafeln von Hannover und Umgegend beigetreten ist und nachdem in den Vereinsversammlungen wiederholt Pieder mit ausgesprochen politischer Tendenz zum Vortrag gebracht worden sind, hat der Polizeipräsident Graf v. Schwerin auf Grund des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes dem Verein untersagt, bei der am 24. Januar geplanten gewöhnlichen Festschicht, die aus Vorträgen und Tanz bestehen sollte, „Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge“ zuzulassen.

Dagegen konnte in demselben Hannover der sog. „Aldeutsche Verband“, der sich über ganz Deutschland erstreckt und zweifellos als ein politischer Verein im Sinne des preussischen Vereinsgesetzes angesehen werden muß, noch in voriger Woche eine Versammlung abhalten, zu der auch Damen eingeladen und erschienen waren. In der Versammlung referierte der bekannte Flotten-Agitator, Kapitan-Lieutenant a. D. Wegner über unsere Marineverhältnisse und die Nothwendigkeit der Flotten-Vergrößerung. In dieser Versammlung konnten also „Frauenspersonen“ teilnehmen.

Und will es nicht recht in den Sinn, meint unser hannoversches Parteiorgan, der „Volksstimme“, daß die Beteiligung von Damen an einer Versammlung eines politischen Vereins, bei Erörterung einer Angelegenheit, die das ganze Volk interessiert, eine geringere politische Tüchtigkeit sein soll, als das Tanzen bei der Festschicht eines Gesangsvereins, der zufällig unter Tugenden von Liedern anderer Tendenz auch einige gelungen hat, die politischer Tendenz sein sollen. Wer giebt hier Aufklärung?

— Eine neue Illustration zu den unleidlichen Zuständen auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts bietet ein Vorkommnis in dem schlesischen Dorfe Mays. Aus Gölzig wird uns darüber geschrieben: Auf Wunsch einiger Arbeiter in Mays war dort von Arbeiterbeisitzern des Gölziger Gewerbegerichts eine Volksversammlung mit dem Thema: „Zweck und Nutzen der Gewerbe-Gerichte“ einberufen worden, um für den industriell in Aufschwung begriffenen Ort die Nothwendigkeit eines Gewerbegerichts respektive dessen Anschluß an dasjenige der Stadt Gölzig darzutun. Obwohl die Versammlung rechtzeitig angemeldet war, hatte der Gensdarm eine Beschränkung nicht verhalten, und als er, im Bewußtsein, dem Geheiß genügt zu haben, dieselbe eröffnete, erfolgte erst eine lange Auseinandersetzung mit dem Ordisgeordneten. Durch den Mund der anwesenden Gensdarm ließ derselbe mitteilen, daß er die Versammlung als eine Vereinsversammlung ansehe und gemäß § 8 des Vereinsgesetzes die Entfernung der Frauen und jugendlichen Personen fordere. Der dagegen erhobene Protest blieb unbeachtet und um den Zweck der Versammlung nicht ganz zu vereiteln, mußte dem Verlangen entsprochen werden. — Man denke, Gensdarm und Referent, Mitglieder des Gewerbe-Gerichts, einer Kraft des Gesetzes bestehenden Institution, an welcher die Frauen doch das gleiche Interesse haben, werden hier zu einem „Verein“ konstruiert, um die Entfernung der Frauen zu begründen.

Leipzig, 28. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts.“) Vom Reichsgericht wurde das Urtheil des Landgerichts Jäbarn gegen den Buchdruckermeister Cost und Genossen wegen Verbreitung von Wahlzettelchen, welche eine Unterschrift des Kandidaten nicht trugen, im vollen Umfange aufgehoben. Der Strafantrag war der Aufhebung, daß es genüge, wenn das der Staatsanwaltschaft einzureichende Exemplar des Aufrufs, die Unterschrift des Kandidaten trage. Soweit Cost wegen Verbreitung der „Volksstimme“ verurtheilt worden ist, wurde das Urtheil bestätigt.

Aus Württemberg, 20. Januar. In einer Stuttgarter Korrespondenz ist zu lesen, daß schon seit längerer Zeit das Ministerium des Innern die Stuttgarter Polizei angewiesen habe, sämtliche größeren sozialistischen Versammlungen zu überwachen und über deren Verlauf, die Rednerliste u. Bericht zu erstatten. Das Recht zur Ueberwachung nicht allein der sozialistischen, sondern sämtlicher Versammlungen überhaupt sei der Polizei durch den Richterpruch des Verwaltungsgerichtshofes, der höchsten Instanz in Württemberg, zuerkannt.

Also auch in Schwabenlande soll künftighin mit den alten Mitteln der Reaktion gearbeitet werden und auch hier soll nach dem Grundsatze des Justizministers Schöndorf gehandelt werden, wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe: Die Versammlungen der Sozialdemokraten unter Polizeiaufsicht, für die aller anderen Parteien volle Versammlungsfreiheit.

Strasbourg i. G., 28. Januar. Die 24. Tagung des Landesauschusses wurde heute Nachmittag 3 Uhr durch den kaiserlichen Statthalter mit einer Ansprache eröffnet, welche Ueberrassungen in den Finanzen des Landes während der Etatsjahre 1895/96 und 1896/97 feststellte, als Folge der erhöhten Einnahmen aus den Uebereinstimmungen des Reiches, sowie einer beträchtlichen Steigerung der Erträge der eigenen Einnahmequellen des Landes. Dank der seit einer Reihe von Jahren bestehenden günstigen Finanzlage konnten aus den verschiedenen Gebieten der Verwaltung zahlreiche gemeinnützige Unternehmungen zur Ausführung gelangen. Auch im Etatsentwurf für 1897/98 sind reichliche Fonds für bedeutungsvolle Unternehmungen in den einzelnen Verwaltungszweigen vorgesehen; insbesondere soll durch die Gewährung von Landeszuschüssen der Bau mehrerer wichtiger Eisenbahnlinien ermöglicht werden. Die Förderung der Landwirtschaft hat sich die Regierung auch im abgelaufenen Jahre angelegen sein lassen. Der Schiffsahrts-Verkehr auf dem Rheine ist abermals stark gestiegen, so daß es geboten erscheint, die Zufahrts- und Abfahrts-Verhältnisse vom Ströme zu den Hafenanlagen bei Strasbourg nach Möglichkeit zu verbessern, weshalb die erforderlichen Mittel in den Etat eingestellt sind. Durch die Konvertierung der 4prozentigen Reichsanleihen und der 4prozentigen Anleihen verschiedener Staaten in 3prozentige Werthe erleidet die Staatsdepositen-Verwaltung einen erheblichen Ausfall in ihren Zinserträgen. Zur Ausgleichung desselben ist eine sehr mäßige Herabsetzung des Zinsfußes, welchen die Staatsdepositen-Verwaltung den Sparbanken vergütet, in Aussicht genommen, worüber ein entsprechender Gesetzentwurf angekündigt wird. Zum Schluß giebt sich der Statthalter der Hoffnung hin, daß die Beratungen des Hauses wie im allgemeinen so auch insbesondere über die genannten Gegenstände der Gesetzgebung zum Heile des Landes gereichen werden.

Frankreich.
Paris, 27. Januar. Die Armeekommission der Deputirtenkammer nahm heute den Bericht des Berichterstatters Rejbers entgegen. Derselbe empfiehlt die Annahme des Gesetzentwurfes betreffend die Bildung von vieren Bataillonen. Im Einvernehmen mit dem Kriegsminister General Billot wurde einstimmig folgende Fassung des Gesetzentwurfes angenommen: Der Kriegsminister wird ermächtigt, je nach den Erfordernissen des Dienstes, den für die Rekrutierung zur Verfügung stehenden Mitteln und den im Budget vorhandenen Geldern nach und nach ein viertes Bataillon in den subdizionären Regimentern zu errichten, ohne daß die Stärke der drei ersten Bataillone unter die in dem Budget vom Jahre 1896 festgestellte Zahl hinuntergehen könne. Die Kommission nahm sodann den Bericht Rejbers an, welcher die Annahme des Gesetzentwurfes empfiehlt, den er zur Zeit, als er Kriegsminister war, einbrachte, und der die Abschaffung der Artillerie-Territorialregimenter und die Reorganisation der zur Territorialarmee gehörigen Gensdarmtruppen und des Trains bezweckt. — Die Marinekommission genehmigte den Gesetzentwurf behufs Bildung einer höheren Marineschule.

Die Kommission zur Prüfung des Antrages Guillemet, nach welchem dem Staate das Monopol der Rettifizierung von Alkohol übertragen werden soll, nahm den Bericht Guillemet's an.

Belgien.
Brüssel, 28. Januar. Die Repräsentantenkammer hat nach mehrstündiger sehr lebhafter Debatte die Hauptbestimmungen der neuen Geschäftsordnung angenommen, durch welche namentlich die zeitweilige Ausschließung eines Deputirten, welcher die Ordnung gestört hat, gestattet wird.

England.
Wolverhampton, 27. Januar. In einer heute in der hiesigen Handelskammer gehaltenen Rede sprach sich der Präsident des Handelsamtes Ritchie gegen die unnötige Beunruhigung über den deutschen Wettbewerb aus. Er sagte, der von den britischen Kaufleuten an den Tag gelegte Unternehmungsgeist lasse es unnötig erscheinen, in slavischer Furcht zu leben, daß fremder Wettbewerb in irgend einer Weise Englands Vorrang auf den Märkten der Welt beeinträchtigen könnte.

Italien.
Rom, 28. Januar. (Times.) In autorisierten Kreisen verläutet, die italienische Regierung habe beschlossen, die Kolonie Grithra mit Ausschluß Massana's aufzugeben.

Rußland.
Petersburg, 28. Januar. Nach einer Mittheilung der „Handels- und Industrie-Zeitung“ hat der Finanzminister angeordnet, daß Angehörige des mit der deutschen Regierung abgeschlossenen Abkommens wegen gegenseitiger Zugeständnisse Taschnierwaren jeder Art (Taschen, Portemonnaie, Portecigarren etc.) aus Saffian, Samischleder und Glangleder durchzulassen sind nach Tarifartikel 57, Punkt 5; ferner Wasserlandschläfer, unabhängig von dem Material, woraus sie angefertigt sind, nach Tarifartikel 167, Punkt 2; porzellanähnliche Knöpfe (angegeben im Zirkular des Jahres 1894, Nr. 18709), nach Tarifartikel 212, Punkt 2, ebenso wie Porzellanknöpfe mit einem Zoll von 25 Kopfen in Gold pro Pfund; ferner in Pöfche aus Gellaloid durchzulassen nach Tarifartikel 167, Punkt 6. Hierdurch sind die Punkte 1, 2, 3 und 5 des Zirkulars vom 22. August 1896, Nr. 17187 aufgehoben.

Asien.
Kalkutta, 28. Januar. Im indischen Gesehgebenden Rathe brachte heute das ordentliche Mitglied des General-Gouvernementsrathes Woodburn eine besondere Vorlage ein betreffend die Abwehr gefährlicher epidemischer Krankheiten. Die Vorlage beantragt eine Erweiterung der Vollmachten der Kalkuttar Stadtbehörden, wie eine solche bereits in Bombay erfolgt ist. Woodburn wies auch auf die im Auslande durch die Pest hervorgerufene Befürchtung hin und führte aus, um den Handel zu schützen und die Beziehungen der anderen Nationen zu beschwichtigen, sollten die Behörden ermächtigt werden, eine ärztliche Besichtigung der Schiffe und, wenn nothwendig, die Anhaltung verdächtiger Schiffe anzuordnen. Die Vorlage wurde einem Sonderausschusse überwiesen.

Afrika.
Agordat, 28. Januar. Die Derwische haben das Lager bei Amideo, welches sie besetzt hatten, verlassen. Sie sind in vollem Märsche begriffen, auf dem sie von bewaffneten Eingeborenen und von italienischen Truppen verfolgt werden.

In der Nacht vom 26. auf den 27. d. M. erhielt das Oberkommando der italienischen Truppen die erste Nachricht vom Rückzuge der Derwische. In anbetragt des Standes der italienischen Streitkräfte und als Folge der von den Italienern begonnenen Zerstörung der Brunnen auf der Rückzugslinie der Derwische war die Nachricht wahrscheinlich; daher sandte das Oberkommando sofort eine starke Resognosizierungsgruppe ab, damit nach erfolgter Feststellung des Rückzuges der Derwische die schon auf den Bergen bereitstehenden Schaaren der Baria's den Feind verfolgen sollten. Auch aus Seras und aus Hamafen über Mai Daro hatten sich den Italienern untergebene Eingeborenen-schaaren schon gegen die Derwische in Bewegung gesetzt. Heute Nacht ging ein Bericht ein, der bestätigte, daß die Derwische in der That das Lager von Amideo verlassen haben, daß sie besetzt und mit Kallidaten umgeben hatten. Die Derwische ziehen sich nach Kimoasa zurück; die den Italienern unterliegenden Eingeborenen haben die Verfolgung aufgenommen. Weder in der Umgegend von Kallala, noch im Gebiete von Barfa befindet sich gegenwärtig ein Haufe der Derwische.

Vorstehende für die Italiener sehr erfreulichen Meldungen werden von der italienisch-österreichischen „Agenzia Stefani“ übermittelt, sind also mit großer Vorsicht aufzunehmen.

Amerika.
Washington, 27. Januar. Das Repräsentantenhaus hat den von einem Ausschusse beider Häuser des Kongresses vereinbarten Bericht, betreffend die Einwanderungsbill, angenommen. Durch die Bill würde, wie man annimmt, der dritte Theil der gegenwärtigen Einwanderer ausgeschlossen; namentlich sollen davon die Personen betroffen sein, welche des Lesens und Schreibens unkundig sind.

Reichstag.

163. Sitzung vom 28. Januar 1897, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Stephan und zahlreiche Kommissarien.

Das Haus setzt die zweite Berathung des Reichshaushaltsstats fort und zwar beim Etat der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung.

Bei dem Gehalt des Staatssekretärs weist der Berichterstatter Abg. Baasche (natl.) darauf hin, daß in der Kommission Mittheilung gemacht sei von dem Anwachsen des Postverkehrs bezüglich der Briefe, Postkarten, Postanweisungen und Pakete; die Petitionen betreffen die Erhöhung des Gewichtes für gewöhnliche Briefe von 15 auf 20 Gramm, wovon die Reichsfinanzverwaltung einen Einnahmeausfall von 4 Millionen Mark befürchtet. Ebenso sehe es bezüglich der Telegraphen-Verwaltung. Die Petitionen von Beamten wegen Aufbesserung ihrer Befoldung sind nicht bei diesem Etat berathen worden, sondern sollen bei der Befoldungsvorlage besprochen werden. Der Berichterstatter empfiehlt ferner folgende von der Kommission vorgeschlagene Resolution: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, veranlassen zu wollen, daß die Annahme und Bestellung gewöhnlicher Pakets von der Reichspost an Sonn- und Feiertagen, mit Ausnahme der Weihnachtzeit vom 18. bis 30. Dezember, auf Eisenbahnen beschränkt werde.

Abg. Müller-Sagan (ref. Vp.): Bei den Wünschen nach Gehaltsaufbesserung wurde immer auf Preußen verwiesen, Redner ver-

weist darauf, daß in Preußen Beamtenklassen berücksichtigt sind, die man im Reich unberücksichtigt gelassen. (Präsident v. B. u. l. macht darauf aufmerksam, daß die Gehaltsverhältnisse bei den einzelnen Titeln der Beamtenbeförderungen verhandelt werden sollen.)
Nedner geht dann über zu der Frage der Erhöhung des Mindestgewichtes der Briefe. Diese Erhöhung würde gerade den kleineren Leuten zu gute kommen, die das gewöhnliche Papier und die gewöhnlichen Umschläge benutzen. Wenn wirklich die Erhöhung des Gewichtes der Briefe einen Einnahme-Ausfall ergeben sollte, so könnte dieser gedeckt werden durch die anderweitige Gestaltung des Post-Zeitungsstarifs. Die Verhandlungen über den letzteren scheitern seit langer Zeit und kommen nicht zum Abschluß. Nedner spricht ferner für die Herabsetzung der Telephongebühren. Für die Subventionierung von Kabeln nach den Kolonien sei die Reichs-Postverwaltung zu haben, nicht aber für die Erleichterung des inneren Verkehrs, während doch das erstere nur bedeutet: travailler pour le roi de Prusse.
Abg. Aug. (Z.) tritt ebenfalls für die Ermäßigung der Telephongebühren ein.

Staatssekretär v. Stephan: Die Stellung der verbundenen Regierungen dieser Angelegenheit gegenüber ist eine völlig unveränderte geblieben. Es wird übersehen, daß wir bereits dreimal eine Ermäßigung der Fernspreckgebühren seit 1881 vorgenommen haben. Es ist ferner klar, daß, wenn die Tariffätze billig sind, mehr geschrieben oder telephoniert wird. Würden Sie diese Sache noch mehr herabsenken oder gar aufheben, dann würde der Verkehr natürlich ein noch viel größerer sein. (Rufe: Oh!) Wie stellen sich aber die Ausgaben? In einem einzigen Oberpostdirektionsbezirk müßten infolge der Ermäßigung um 40 000 M. mehr Kosten aufgewendet werden; im ganzen geht das in die Millionen. In Württemberg und Bayern sind die Telephongebühren erheblich höher als bei uns, ebenso auch in Amerika und in anderen europäischen Staaten, wie Frankreich und England, wo sie 400 bis 600 M. betragen. Aber keine parlamentarische Versammlung ist dort auf den Gedanken gekommen, eine Ermäßigung zu verlangen. Die Herabsetzung auf 100 M. würde einen Ausfall von 6 1/2 Millionen Mark herbeiführen. Wollen Sie für diesen Ausfall Steuern auferlegen? Auf das Gespräch in Deutschland entfallen 3 1/2 Pf., in der Schweiz 3 1/2 Pf. Gebühren. So lange die Finanzlage so bleibt, wie sie ist, ist im Bundesrath eine geschlossene Mehrheit gegen jeden derartigen Antrag der Postverwaltung.

Abg. Camp (Sp.): Ich würde es für unverantwortlich halten, wenn man bei der jetzigen Finanzlage eine Einnahme von 5 bis 6 Millionen opfern wollte. Wir müssen nämlich Aufsehen aufmachen. Zur Befriedigung solcher Wünsche wird man aber nicht Aufsehen mehr aufnehmen oder die Steuern erhöhen. Schließlich ist doch die Zahl der bei dem Fernspreckwesen Interessirten verhältnismäßig klein. Die Annahme von Paketen außerhalb der Schalterstunden hat sich bewährt, aber die Extragebühren müßten weglassen für Arzeneien, die von der Stadt auf das platte Land gesendet werden.
Staatssekretär v. Stephan: Für außergewöhnliche Leistungen müssen wir eine außergewöhnliche Lage erheben, sonst würden wir den Verkehr nicht bewältigen können; nur durch die Extragebühr wird er etwas eingebremst. Die Ausnahme würde auch schwierig so formuliert werden können, daß kein Mißbrauch stattfinden kann.

Abg. Singer (Soz.): Wenn die Verwaltung guten Willen hat, dann kann sie auch die von Herrn Camp geforderte Reform durchführen; der Geldausfall wird auch gar nicht so groß sein. Diese Schwierigkeiten erklären sich nur aus der Abgenutztheit, Ausgaben zu machen, die irgend im Stande wären, die Einnahmen der Post zu vermindern. Durch die Ausführungen des Staatssekretärs geht wie ein rother Faden die Auffassung, daß die Reichspost weiter nichts sei als ein Finanzinstitut. Der Staatssekretär hat hinsichtlich der Ermäßigung der Telephongebühren eine Rechnung aufgemacht, die ich nicht kontrollieren kann. deren Unrichtigkeit aber von vornherein auf der Hand liegt. Wenn mit der Ermäßigung der Telephongebühren die Benutzung der Fernspreck-Anlagen erheblich steigt, so ist doch die Wahrscheinlichkeit sehr groß, daß die Vermehrung der Abonnementgebühren weit über die Zahl hinausgehen, die zur Deckung des Ausfalls aufgestellt worden ist. Durch die Verbilligung der Fernspreck-Gebühren wird also eine materielle Einbuße nicht geschaffen werden. Ich bestreite überhaupt die Wichtigkeit des Grundgesetzes, alles, was an Neuanlagen für Telephon u. s. w. ausgegeben wird, gedeckt werden muß durch eine sofortige Vermehrung des Abommements. Die Ausgaben für die Vermehrung der Anlagen amortisiren sich ebenso gut wie jede andere Ausgabe. Auf anderen Gebieten kommen solche Grundfälle nicht zur Anwendung. Deshalb gerade auf diesem? Die Reichspost ist schließlich nicht der natürlichen Miswächerei wegen gegründet worden, sondern dazu, den Verkehrsinteressen zu dienen. Wir werden also dem Antrage auf Verbilligung der Telephongebühren unsere Zustimmung geben. Ebenso werden wir auch für eine Hinausschiebung der Gewichtsgrenze der Briefe stimmen. Auch hier kann uns das Schreckgespenst eines Einnahmeausfalles nicht bestimmen. Die Grobdruckstricken und kaufmännischen Kreise haben am allerwenigsten ein Interesse an dieser Verbesserung. Sie wissen sich einzurichten, den Schaden aber tragen gerade die kleinen Gewerbetreibenden, die Arbeiter, diejenigen, die auf dem Lande und in den kleinen Städten wohnen. Wir bekommen wohl alle eine Menge von Briefen, die zu schwer sind, und deren Strapazito wir gern bezahlen. Diese Briefe stammen eben aus jenen Kreisen. Ferner werden wir der Resolution in bezug auf die Annahme und Ausgabe von Paketen an Sonn- und Festtagen zustimmen. Unsere eigenen Anträge werden wir an anderer Stelle begründen. Die Frage der Sonntagsruhe der Postbeamten beschäftigt uns schon lange Zeit. Der Staatssekretär hat uns wiederholt darauf hingewiesen, daß für die Sonntagsruhe der Postbeamten ausreichend gesorgt ist. Ich habe bereits in der Budgetkommission meine Zweifel darüber ausgesprochen und sie durch Postmaterial gestützt. Es handelt sich hier weniger um eine ungenügende Ausführung der Vorschriften der Oberbehörden als an dem ganzen System. Die Grenzboten haben in dieser Beziehung den Nagel auf den Kopf getroffen, indem sie darauf hinweisen, daß heute nur eine scheinbare Sonntagsruhe für die Postbeamten besteht, und daß das einzige Heilmittel darin zu suchen sei, daß die Arbeitszeit der Beamten und Unterbeamten erheblich herabgesetzt werde. Die Unterbeamten arbeiten jetzt 70, die anderen Beamten 60 Stunden die Woche hindurch, und es besteht die Einrichtung, daß eine Sonntagsruhe nur dadurch in wege gebracht werde, daß die Beamten untereinander abwechselnd den Sonntag arbeiten. Damit ist den Leuten aber nicht gedient. Es müßte vielmehr die am Sonntag zu leistende Arbeit auf die Hälfte reduziert, und zur Bewältigung dieser Arbeit müßten mehr Arbeiter in den Postdienst eingestellt werden. Das ist natürlich nicht ohne Kosten möglich. Wir werden aber solange nicht an den Ernst der Postverwaltung glauben, daß sie den Beamten wirklich eine Sonntagsruhe geben will, solange sie vor den Kosten zurückbleibt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auch die Kilometerzahl der Landbriefträger muß vergrößert werden. Beschwerden sind uns hierüber aus verschiedenen Orten, namentlich aus Malsenburg, zugegangen.

Zu bezug auf die Urlaubsfrage ist uns im vorigen Jahre die Reichs-Postverwaltung entgegengekommen in dementsprechender Weise durch die Einführung des Sommerurlaubs auch für die Unterbeamten. Es sollte im vorigen Jahre die Einrichtung getroffen werden, daß dieser Urlaub bis zu 14 Tagen gewährt würde unter Uebernahme der Stellvertretungskosten auf die Postkasse. Diese Einrichtung ist aber, wie uns von verschiedensten Seiten mitgetheilt wird, nicht überall eingeführt worden, z. B. nicht in Oera, und die Oberpostdirektion in Götting hat eine Verfügung erlassen, welche diese ganze Wohlthat illusorisch macht, da hiernach die Unterbeamten sich gegenseitig zu vertreten haben, wenn sie Urlaub haben wollen. Demgemäß wird dabei vorausgesetzt, daß sie auch noch die Vertretungskosten zu zahlen haben. Es muß den nachgeordneten Behörden klar gemacht werden, daß eine solche Auffassung dem Sinne der Generalverordnung des Reichspostamts widerspricht. Es verlaute, daß der Erlaß des preussischen Staatsministeriums bezüglich der Unterschreibung von Petitionen

und des Besuchs der Versammlungen auch in der Reichspost zur Nachachtung empfohlen worden ist. Erzwungen wird die Sache noch dadurch, daß das Reichspostamt diesen Erlaß nicht auf dem Wege der schriftlichen Anweisung an die Direktion verbreitet hat, sondern auf dem Wege der mündlichen Rücksprache. Dieser Verfügungs-Erlaß geht wie das Unternehmertum von der Annahme aus, daß mit der Arbeitskraft auch die politische Ueberzeugung und Ansicht des Arbeiters oder Beamten erkaufte sei. Das müssen wir uns das Schärffte mißbilligen. Ich frage den Staatssekretär, ob er diesen Erlaß ebenfalls seinen nachgeordneten Behörden zur Nachachtung mitgetheilt hat. Er wird es mir nicht übernehmen, daß ich ihn nach seiner ganzen Vergangenheit und seiner Stellung im Reichstage im Verdacht habe und ihn dessen für fähig halte.

Auch die Behandlung des Assistentenverbandes steht nicht im Einklang mit dem modernen Arbeitsverhältnis, sondern entspricht vielmehr durchaus der Stamm'schen Auffassung. Ein neues Beispiel zeigt, welche Auffassung die höheren Postbeamten von dem so loyalen Post-Assistentenverband haben, der nur seine Interessen vertritt. Im Großherzogthum Baden ist verfügt worden, daß an dem Geburtstage des Großherzogs die Postbeamten nur Dienst wie am Sonntag thun sollten. Einige vielleicht mißtrauische Menschen wollten feststellen, wie diese Verfügung gehandhabt worden ist, und es wurde an eine Reihe von Postbeamten darüber eine schriftliche Anfrage gerichtet. Ein solches Schreiben muß auch dem Oberpostdirektor Geheimen Ober-Postrath Hess in Karlsruhe zu Händen gekommen sein, und er erließ eine Verfügung, die charakteristisch ist, datirt Karlsruhe, 12. September 1896. Darin sagt er, daß jenes Schreiben aus streifen flammte, welche Unbotmäßigkeit und Ueberhebung, freche Verhöhnung der Vorgesetzten und eine bußenshafte Kritik an den Verwaltungsmaßregeln ansahen, und spricht die Hoffnung aus, daß die Beamten die Verantwortung des Schreibens unterlassen werden. Sie würden sich sonst einer Verletzung ihres Eides schuldig machen. Wenn man nachgeordnete Beamte mit derartigen Ausdrücken belegt, dann ist es bald hohe Zeit, für solche Beamte einen Ausfluß über den Ausgang mit Menschen einzurichten. Die höheren Beamten sollten einen solchen Erlaß nicht in die Welt setzen, der bei Unterbegebenen nur das Pöbeln des Mitleids erregt, bei den Unterbegebenen aber Gefühle der Bitterkeit und des Hasses hervorruft. Der Herr Unterstaatssekretär schüttelt mit dem Kopf; kann er aber etwa aus Kreisen der Unterbeamten ein Schreiben mit solchen Ausdrücken vorbringen? Ein solcher Ton müßte unter anständigen und vernünftigen Menschen eigentlich undenkbar sein. (Sehr richtig! links.)

Auch das Verhalten der Postverwaltung in dem Falle Walford wirkt auf diese im eigenthümlichen Licht. Der Herr Staatssekretär hat sich damals dieses Herrn mit besonderer Wärme angenommen und die internationale Pflicht der Höflichkeit allerdings erfüllt. Herr Walford hätte sich dafür nur dankbar erzeigen sollen. Aus Mittheilungen, die uns von der Journalisten-Tribüne gekommen sind, wissen wir aber, wie sich derselbe Herr dort benimmt. Herr Walford konnte aber einen Telegraphenbeamten beleidigen, weil er unter dem Schutze einer besonders hohen Persönlichkeit steht. Er soll ja Verwunderung eines sehr hochgestellten Mannes sein. Diesem Falle reicht der Fall eines Herrn v. Auerwald an, in dem es auch zu einer Anklage gekommen ist. Herr v. Auerwald soll eine Telephonistin mit dem Kosenamen: „Sie dummes Schwein“ belegt haben. Jemand, der in so roher und gemeiner Weise eine Dame beleidigt, würde natürlich, wenn seine Ehre verletzt wäre, zu den schneidigsten Duellanten gehören. Die Sache selbst ist durch gerichtliches Urtheil, soweit es möglich ist, geführt. Der Gerichtshof ist über den Antrag des Staatsanwalts noch hinausgegangen, aber in der Gerichtsverhandlung sind Dinge zur Sprache gekommen, die den Verdacht nabelegen, als ob die Postverwaltung sich als in dem besonderen Dienst dieser Herren befandlich betraute. Nach den Zeugenaussagen der Telephonbeamten soll Herr v. Auerwald außerordentlich ungeduldig, erregt und zu Schimpfwörtern gerizt gewesen sein; die Aufsichtsbehörde soll deshalb angeordnet haben, daß, wenn mehrere Gespräche zugleich verlangt wurden, Herr v. Auerwald zuerst bedient würde. Herr v. Auerwald ist Generalsekretär des feudalen Millionenklubs, und dessen Vorsitzender Herzog v. Ratibor soll mit Beschwerden über die Telephonverwaltung an „allerhöchster“ Stelle gedroht haben. Deshalb sollen die Telephonnummern der sämtlichen Mitglieder des Millionenklubs besonders notirt worden sein, damit sie immer zuerst bedient würden; eine besondere rote Klappe fiel bei deren Anruf herunter und dann wurde gerufen „Es kommt etwas Gutes!“ Bei einer öffentlichen Einrichtung unter Verwaltung und unter Kontrolle einer Reichsbehörde sollte eine solche Bevorzugung nicht vorkommen. Die Telephonanlage, muß jedem gleichartig zugänglich sein, ein Unterschied darf nur nach der Zeit der Anmeldung gemacht werden; der Postverwaltung kann es ganz gleichgültig sein, ob Herr v. Auerwald oder sonst ein Mitglied des Millionenklubs oder der letzte Arbeiter von der Straße die Fernspreckleitung in Anspruch nimmt. Ich frage den Herrn Staatssekretär, ob eine besondere Behandlung der Klubmitglieder dahin verfügt ist, daß sie zuerst vor allen anderen bedient werden.

Eine ähnliche Einrichtung wird auch bei dem Briefverkehr gemeldet. Besondere Kreisläufe sollen dadurch zur Ruhe gebracht werden, daß man sie vorzugsweise bedient. Es wird behauptet, daß die Briefschaften einer wesentlichen Firma, die auch eine besondere Reizung zum Rebellionen zeigte, mit Quittungsbüchern von Dienststellen zu Dienststellen gegeben wurden, um sofort die pünktliche Leistung des Dienstes nachweisen zu können. Man scheint also mit dem Grundsatze der Äquivalenz, dreimal zu schreiben, auch bei der Postverwaltung etwas erreichen zu können. Der Fall Auerwald ist ein drastischer Beweis, daß sich die Postverwaltung nicht von Einschüßern freizubehalten weiß, welche sich in gewissen Kreisen zum Schaben der Gesamtheit geltend machen. Ich bitte ferner um eine definitive Antwort auf meine Frage in der Budgetkommission, mit der ich auf das Plenum verdröset wurde, wegen der Beschäftigung von Kindern bei der Post im Postbezirk Frankfurt a. M. Ich fordere die Verwaltung dringend auf, in bezug auf die Sonntagsruhe und den Urlaub der Beamten und auf die Meinungsfreiheit der Beamten bessere Einrichtungen zu treffen.

Die Herren Chefs der Reichs-Postverwaltung haben eine Virtuosität, hier alle Verhältnisse ihrer Verwaltung in das hellste Licht zu stellen, und wenn wir eine solche Erwidrerung gebört haben, stehen wir manchmal unter dem Eindruck, als ob es nichts Besseres gäbe als die Reichspostverwaltung. Wenn wir hier den Staatssekretär mit seiner Entschiedenheit im Ton, die er noch so kräftig zu leisten in seine Hand ist, anhören oder hören müssen, wie der Herr Unterstaatssekretär alle Register des Sarkasmus und der Ironie gegen uns zieht, dann kommt es uns manchmal vor, als sei er in der That außerordentlich gut bestellt, und doch können alle diese Reden uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß namentlich die unteren Beamten in sozialer Beziehung und in bezug auf die Freiheit ihrer Meinung sich in unheilvollen Verhältnissen befinden. Die beste Regelung dieser Fragen wäre, daß solche Einrichtungen geschaffen werden, daß wir nicht mehr nöthig haben, Klagen zu erheben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Unterstaatssekretär Dr. Fischer: In der Budgetkommission wurde zur Sprache gebracht, daß bei dem Postamt in Frankfurt a. M. Kinder beschäftigt waren. Die Ermittlungen haben ergeben, daß 6 Knaben beschäftigt sind 1 1/2 Stunden während der Hauptzeit des Paketverkehrs mit dem Aufkleben der Nummern. Solche Anebenjungen muß man nehmen, weil man Erwachsene für diese anshilfsweise Beschäftigung nicht findet. Unter 14 Jahren ist keiner dieser Jungen, aber einige davon sind noch schulpflichtig. Die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder ist abgestellt worden. Bezüglich der Sonntagsruhe ist der Artikel der „Grenzboten“ erwähnt, der von einem Fachmann nicht herrühren kann, denn ein solcher würde bewußte Unwahrheiten gesagt haben, während es für einen Nichtfachmann nur Unrichtigkeiten sind. Die Arbeitszeit ist mehrfach grundräßig eingeschränkt worden auf das Maß der Gesundheit der Beamten zuträglich Maß. Der vorliegende Etat verlangt über 5000 neue Beamtenstellen; das ist keine finanzielle Pluttmacherei! Damit sind die Anzapfungen, als ob wir die Beamten aus finanziellen

Gründen nicht vermehren, ein für allemal abgethan. Bei den Zustimmungen, welche den Abgeordneten zugehen, muß einige Vorbehalt angewendet werden. Die Behauptung des Abg. Webel, daß in Eisenach keine Sonntagsruhe vorhanden ist, wird durch den Bericht, den ich den Herren zur Verfügung stelle, widerlegt. Ebenso steht es bezüglich der Landbriefträger. Früher hatten die 12 000 Landbriefträger 90 Kilometer täglich zu machen; jetzt haben wir 30 000 solcher Beamten, die nur 21 Kilometer täglich zu leisten haben. Bezüglich der Urlaubsgewährungen bringt der Vorredner Einzelheiten vor, die wir nicht gleich prüfen können, und zieht daraus die weitesten Folgerungen. Der erst vor drei Jahren eingeführte Erholungsurlaub ist in einem Maße zur Durchführung gelangt, daß ein wirklicher Fortschritt auf sozialem Gebiete zu verzeichnen ist. In Berlin sind 1896 von 4250 Unterbeamten 3797 = 89 pCt. beurlaubt worden. Ich hoffe, daß im nächsten Jahre Ihnen noch erbaulichere Mittheilungen gemacht werden können. Da die Stellung der Verwaltung zum Postassistenten-Verband sich nicht geändert hat, brauche ich das Haus damit nicht zu beschäftigen. Als in modernen Arbeiterverhältnisse zu uns stehend können wir unsere Beamten nicht betrachten; das widerspricht den Rechten und Pflichten der Beamten. (Beifall rechts.) Wir haben niemals einem Beamten verboten, dem Postassistenten-Verband beizutreten (Widerspruch links), trotzdem uns der Verein die Aufrechterhaltung der Dienstpflicht wesentlich erschwert. Die Verfügung des Oberpostdirektors in Karlsruhe mit ihren herben Ausdrücken eigne ich mir nicht an; ich kenne den Herrn als einen unserer geübtesten Beamten. Aber es ist kein Wunder, wenn einmal den Beamten die Welle überläuft. Ein anonymes Brief zirkulirte zur Ermittlung des Diensten an einem besonderen Freitag; die Antworten sollten unter Chiffre „Sorvilitas“ eingesendet werden, um die Postspionage zu verhindern. Das mußte der Oberpostdirektor auf sich beziehen. Bei der Verehrung, die der betreffende Beamte genießt, da zweifele ich, daß daraus Erbitterung entstehen wird. Aus dem Falle Auerwald folgert der Vorredner, daß die Postverwaltung Unterschiede macht bezüglich der Fernspreckteilnehmer. Ich bin in der angenehmen Lage, Herrn Singer ganz und voll, wie man jetzt immer sagt, bestätigen zu können, daß die Fernspreckeinrichtungen vollständig gleichmäßig allen Theilnehmern zugänglich sind. (Unruhe links. Zuruf: Die rote Klappe.)

Abg. Vogens (Z.) hat sich davon überzeugt, daß die Sonntagsruhe seitens der Verwaltung nach Möglichkeit durchgeführt wird, daß manche Klagen der Beamten auf Irrthum beruhen; er sei deshalb etwas vorsichtiger geworden. Er empfiehlt die Annahme der Resolution bezüglich der Sonntagsruhe im Paketverkehr.

Abg. Werner (Reform-P.) bezweifelt, daß die Sonntagsruhe in dem Maße durchgeführt sei, wie der Staatssekretär im vorigen Jahre gesagt habe. Besonders scheinen ihm die Beamten der verschiedenen Konfessionen nicht gleichmäßig berücksichtigt zu werden. Daß 5000 Stellen neu geschaffen werden, muß anerkannt werden. Die Maßregelungen haben allerdings etwas nachgelassen, aber es giebt immer noch einige berechnete Klagen. Beim Postamt in Nachen ist eine Verfügung erlassen worden, welche den Genuß von Lebensmitteln und Getränken auf bestimmte Zeiten beschränkt. Solche Vorschriften könnte man höchstens Kindern machen; für erwachsene Leute passen sie nicht. Nedner fordert eine Beschränkung der Thätigkeit der Vertrauensärzte. Ein solcher hat einem kranken Beamten ein Krankheitsattest nicht ausgestellt, weil der Vorlehrer des Postamtes erklärte, daß der Beamte sich nur vom Dienst drücken wolle. Erst nachdem ein anderer Arzt das Krankheitsattest ausgestellt hatte, bescheinigte der Post-Vertrauensarzt dasselbe. Das betreffende Postamt in Nachen wird als eine Korrektionsanstalt bezeichnet. In der „Berliner Zeitung“ beschäftigt man sich mit meinen Ausführungen im Reichstage in einer ungeschönten Weise; man stellt mich den Sozialdemokraten gleich. Da ist die sonderbare Sprache mancher Organe der Postverwaltung leicht erklärlich. Nedner schließt sich bezüglich des Briefpostos, der Telephongebühren und des Zeitungsstarifs den Ausführungen der übrigen Nedner an; er verlangt schließlich die Beseitigung der Gratifikationen unter entsprechender Aufbesserung der Gehälter. Als einmal ein Postbeamter zum Abendbrot einen Brathäring und zwei Brötchen verlor, da fragte ein Vorgesetzter, was das koste. Auf die Antwort „20 Pfennig“ bemerkte der Vorgesetzte: Ja, wenn Sie so leben, können Sie nicht auskommen. (Weiterkeit.)

Unterstaatssekretär Dr. Fischer: Wir können unmöglich unterrichtet sein über die Einzelheiten, die unter den Beamten mündlich erzählt werden. Der Vorredner hat solche Dinge vorgebracht. Aber es ist doch fraglich, ob es statthaft ist, daß der Vorredner sofort als Richter auftritt und die Beamten verurtheilt. Dagegen muß protestirt werden. Der Vorredner hätte seinen Zweck, die Aufmerksamkeit der Postverwaltung auf Uebelstände hinzuwenden, auch ohne jede Aburtheilung über die Sache selbst erreichen können. Der vom Vorredner im vorigen Jahre erwähnte Erlaß des Oberpostdirektors in Braunshweig, dessen Exiztenz ich angeweifelt, ist wirklich erlassen worden, und der betz. Oberpostdirektor ist nicht darüber in Zweifel gelassen worden, daß der Erlaß den Absichten des Reichspostamtes nicht entspricht.

Abg. Haunmayer (nall.) hält es für nicht zweckmäßig und des Reichstages nicht würdig, abwesende Personen anzusehen. (Zustimmung rechts.) Die Ket und Weise, wie der Staatssekretär die Forderungen, die allgemein gestellt werden auf Reform der Posteinrichtungen, zurückweist — das war der alte Stephan nicht, das war der Howland Hill nicht, den wir früher hier zu hören gemohnt waren! (Sehr richtig! links.) Herr v. Stephan fürchtet einen erheblichen Einnahme-Ausfall, ja, er meinte, daß dieses Streben nach Herabsetzung schließlich zur Aufhebung aller Gebühren führen würde. Herr v. Stephan, es giebt ernsthafte Männer, die annehmen, daß aus der Ermäßigung der Gebühren eine Reineinnahme erfolgt. (Sehr richtig! links.) Die Herabwindung der Telephongebühren im Jahre 1885 hatte eine Zunahme des Telephonverkehrs um mehr als 100 pCt. zur Folge. (Hört, hört! links.) Eine gewisse Neulichkeit hat diese Frage mit der Herabsetzung der Eisenbahntarife. Früher erschien es auch als ein wirtschaftliches Verbrechen, wenn man für Rohmaterialien der Eisenindustrie verlangte. Die Mitglieder des Oberbergamts in Dortmund wurden 1855 aufgefordert, aus einem Komitee auszutreten, welches solche schwindelhaften Forderungen stellte. (Weiterkeit.) Für Berlin liegt vielleicht ein Grund zur Ermäßigung der Telephongebühren von 150 Mark auf 100 Mark nicht vor. Nothwendig ist dies hauptsächlich für die Städte mit einer geringeren Zahl von Abommenten. Eine Gleichmäßigkeit auf diesem Gebiete ist nicht angebracht. Die Weigerung, das Gewicht des gewöhnlichen Briefes heraufzusetzen, ist geradezu die Hinderung eines Kulturfortschritts. Denn die Verwendung stärkeren besseren Papiers ist meiner Meinung nach ein Fortschritt. Der Staatssekretär sollte in dieser Beziehung nicht dem österreichischen Staate, der sich in schlechterer Finanzlage befindet als das Reich, den Vortritt lassen.

Staatssekretär v. Stephan: Ich bin dem Vorredner dankbar für die Worte, die er im Anfang seiner Rede (Weiterkeit) an mich gerichtet. Die Ermäßigung der Fernspreckgebühren vom Jahre 1885 kann man nicht zum Vergleich heranziehen, um jetzt eine weitere Ermäßigung zu verlangen. Damals handelte es sich um die erste Entwidlung, ich hatte die größten Schwierigkeiten, um die Sache einzuführen und die erforderlichen Kräfte heranzuziehen. Kein Mensch glaubte damals, daß die Sache sich so entwickeln würde, wie es jetzt der Fall ist. Die Gebühren sind jetzt schon auf einem niedrigen Niveau angelangt. Die Frage der Ermäßigung des Briefpostos ist sehr schwierig, und ich würde mich sehr freuen, wenn sie gelöst werden könnte. Auch der Bundesrath, nicht bloß der General-Postmeister, hat das allergrößte Interesse an einer weiteren Förderung des Verkehrs nach jeder Richtung. Aber beherzigen Sie doch gefälligst das eine. Der Verkehr ist ja eine gewaltige Macht in der Welt; aber es giebt doch auch andere Menschen; die Industrie, die Landwirtschaft und vor allem die Finanzen, diese Grundpfeiler des Staatswohls, dürfen doch nicht erschüttert werden durch übereilte Maßregeln. Die geforderte Ermäßigung der Fernspreckgebühren würde

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung von Donnerstag, 28. Januar, nachmittags 5 Uhr.

Die vom Magistrat vorgeschlagene Erhöhung des Schulgeldes der auswärtigen Schüler der Realschulen von 80 auf 120 M. ist von dem niedergesetzten Ausschuss mit 5 gegen 3 Stimmen abgelehnt worden.

Stadtschulrath Bertram: Jetzt ist die Zahl der auswärtigen Schüler so groß wie nie, sie beträgt 841, mehr als eine ganze Schule.

Stadtv. Jyllics bittet ebenfalls, dem Ausschussantrage nicht zu folgen. Charlottenburg und Potsdam erhöhen auch von Auswärtigen ein höheres Schulgeld.

Stadtv. Hugo Sachs: Der Nachweis, daß drei Fünftel der Realschüler aus den Berliner Gemeindeschulen hervorgegangen sind, spricht gerade gegen das Verlangen des Magistrats.

Stadtv. Cassel ist ebenfalls gegen die Vorlage, schon weil der finanzielle Effekt so minimal sei. Von keiner Seite sei der Nachweis versucht, daß durch die Abklopfung der Auswärtigen auch nur eine Klasse oder ein Lehrer gespart werde.

Stadtv. Vogtherr: Wir wollen diese Frage nicht vom Standpunkt des Kampfes gegen die Bewohner der Vororte regeln, noch auch und beeinflussen lassen von den beweglichen Petitionen der Grundbesitzer eines Berliner und eines Vorortvereins.

Stadtv. Jyllics: Wir wollen diese Frage nicht vom Standpunkt des Kampfes gegen die Bewohner der Vororte regeln, noch auch und beeinflussen lassen von den beweglichen Petitionen der Grundbesitzer eines Berliner und eines Vorortvereins.

Stadtv. Jyllics: Wir wollen diese Frage nicht vom Standpunkt des Kampfes gegen die Bewohner der Vororte regeln, noch auch und beeinflussen lassen von den beweglichen Petitionen der Grundbesitzer eines Berliner und eines Vorortvereins.

Stadtv. Jyllics: Wir wollen diese Frage nicht vom Standpunkt des Kampfes gegen die Bewohner der Vororte regeln, noch auch und beeinflussen lassen von den beweglichen Petitionen der Grundbesitzer eines Berliner und eines Vorortvereins.

Stadtv. Jyllics: Wir wollen diese Frage nicht vom Standpunkt des Kampfes gegen die Bewohner der Vororte regeln, noch auch und beeinflussen lassen von den beweglichen Petitionen der Grundbesitzer eines Berliner und eines Vorortvereins.

Stadtv. Jyllics: Wir wollen diese Frage nicht vom Standpunkt des Kampfes gegen die Bewohner der Vororte regeln, noch auch und beeinflussen lassen von den beweglichen Petitionen der Grundbesitzer eines Berliner und eines Vorortvereins.

Stadtv. Jyllics: Wir wollen diese Frage nicht vom Standpunkt des Kampfes gegen die Bewohner der Vororte regeln, noch auch und beeinflussen lassen von den beweglichen Petitionen der Grundbesitzer eines Berliner und eines Vorortvereins.

Stadtv. Jyllics: Wir wollen diese Frage nicht vom Standpunkt des Kampfes gegen die Bewohner der Vororte regeln, noch auch und beeinflussen lassen von den beweglichen Petitionen der Grundbesitzer eines Berliner und eines Vorortvereins.

Stadtv. Jyllics: Wir wollen diese Frage nicht vom Standpunkt des Kampfes gegen die Bewohner der Vororte regeln, noch auch und beeinflussen lassen von den beweglichen Petitionen der Grundbesitzer eines Berliner und eines Vorortvereins.

Stadtv. Jyllics: Wir wollen diese Frage nicht vom Standpunkt des Kampfes gegen die Bewohner der Vororte regeln, noch auch und beeinflussen lassen von den beweglichen Petitionen der Grundbesitzer eines Berliner und eines Vorortvereins.

Stadtv. Jyllics: Wir wollen diese Frage nicht vom Standpunkt des Kampfes gegen die Bewohner der Vororte regeln, noch auch und beeinflussen lassen von den beweglichen Petitionen der Grundbesitzer eines Berliner und eines Vorortvereins.

Stadtv. Jyllics: Wir wollen diese Frage nicht vom Standpunkt des Kampfes gegen die Bewohner der Vororte regeln, noch auch und beeinflussen lassen von den beweglichen Petitionen der Grundbesitzer eines Berliner und eines Vorortvereins.

Schöne Resoranzboden dieses Haus für Angriffe auf die Berliner Verwaltung ist! Einer der vier Unterzeichner der Petition und ihres letzten Satzes habe dreimal wegen Krankheit keine Plätze weiter bezogen und noch 160 M. Unterstützung dazu!

Stadtv. Cassel spricht gegen jede Abänderung und fügt den Ausführungen des Oberbürgermeisters die Andeutung hinzu, daß bereits eine Forderung der Disziplin sich innerhalb der Bureauhilfsarbeiterschaft bemerkbar gemacht habe.

Die Vorlage wird unverändert angenommen. Mit der bereits im laufenden Semester bei der städtischen höheren Weberschule erfolgten Einführung des Unterrichts in der Stickerei mittels Kurbelmaschinen erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Die aus Veranlassung der ministeriellen Fortbildungskurse für Gemeindeglieder entstehenden Vertretungskosten von ca. 800 M. sollen auf die Staatsposition für Vertretungen angewiesen werden.

Die Ausstellungshalle des Vereins für Feuerbestattung zu Berlin soll bis auf weiteres im Treptower Park belassen werden. Der Verein soll aber das Gebäude auf allen Seiten mit ausgebildeten Fassaden versehen und die Baulichkeiten nach längstens zwei Jahren beseitigen, auch die früheren Parkanlagen an dieser Stelle auf eigene Kosten wiederherstellen.

Am 12. März 1896 hat die Versammlung gelegentlich der Stadtbekanntmachung in einer Resolution ersucht, zu der Bewilligung von laufenden jährlichen Unterstühtungen an die nicht pensionsfähig angestellten Beamten und Arbeiter der städtischen Werke und deren Hinterbliebenen die Genehmigung der Versammlung einzuholen.

- 1. es bei der Bewilligung solcher Unterstühtungen bei dem bisherigen Modus verbleibe, und
2. dem Magistrat die Bewilligung der ausser Stadt-Hauptkasse zu zahlenden laufenden Unterstühtungen übertragen werden soll.

Stadtv. Meyer widerspricht dem Magistratsantrage und bittet, den früheren Beschluß aufrecht zu erhalten. Der Magistrat wolle seine Nachbegründungen noch vergrößern.

Oberbürgermeister Jelle bekräftigt letzteres. Beim Etat spreche die Versammlung doch stets das letzte Wort. Es handle sich in der Hauptsache um Beschleunigung und Vereinfachung der Erledigung der zahlreichen Gesuche um Unterstühtungen, die vielfach nur ganz winzige Beträge betreffen.

Die Stadtv. Jacobi, Dinse und Schwalbe schließen sich dem Antrage auf Ablehnung der Vorlage an. Die Versammlung beschließt demgemäß. Schluß 8 1/2 Uhr.

Nach einer von dem Vorsitzenden des Zentralvereins für Arbeitsnachweis, Dr. Freund, angefertigten vorläufigen Zusammenstellung über den Geschäftsbetrieb des Vereins im Jahre 1896 hat die Vermittlungstätigkeit des Arbeitsnachweis-Bureaus gegen das Vorjahr einen erheblichen Aufschwung genommen. Von insgesamt 27 645 Personen, welche sich in die Listen des Arbeitsnachweises als arbeitslos haben einschreiben lassen, sind 20 692 in Arbeit gebracht worden.

Die Verstellung des Fußgängerweges in der Verlängerung der Oberwasserstraße zwischen Gertraudenbrücke und Ballstraße, längs des Spreenarms dürfte nunmehr gesichert sein, da sowohl das königl. Polizeipräsidium als auch die königl. Ministerial-Baukommission die grundsätzliche Zustimmung zu dem neuen Verkehrswege erteilt haben.

Kokales.

Zu unserer Warnung an die Parteigenossen, die Versammlung des Herrn Raumann zu besuchen, macht die „Zeit“ folgende höhnische Bemerkung:

Wir haben die Berliner Sozialdemokraten seither immer für mutiger gehalten, als sie hiernach zu sein scheinen. Auch auf die Niedrigwandtheit der Herrn wirft die Notiz kein sehr günstiges Licht.

Die Herren haben unsere Parteigenossen schon richtig eingeschätzt, an Rath gebracht es ihnen nicht. Aber man hat zu erwägen, ob man ihn hier nicht für eine zweck- und nutzlose Sache einsetzt, und das scheint uns der Fall. Wenn wir auch nicht glauben, daß Herr Raumann, ähnlich wie es einst sein Antibruder Schall gethan, in einer auch von unseren Parteigenossen stark besuchten Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser beginnen wird, so ist doch nicht ausgeschlossen, daß eine solche für unsere Parteifreunde höchst peinliche Situation geschaffen werden kann, deren strafrechtliche Folge für den einzelnen sehr unangenehm werden kann, für die Partei kaum ein Opfer wäre.

„Damit unser Blatt an Abonnenten gewinne“. Als ein Sensationsblatt von sehr anrüchlichem Kaliber ist der „Vreslauer General-Anzeiger“ im Ledert-Löh- u. Tausch-Prozess verschiedentlich gebrandmarkt worden. Es dürfte namentlich noch der am ersten Tage der Verhandlung, am 2. Dezember v. J., erwähnte Brief des v. Werke, Herausgebers des „General-Anzeiger“, in Erinnerung sein, indem dieser Herr den Angeklagten Ledert ein wichtige Nachrichten bat, damit vor Quartals-schluss sein Blatt viel zitiert werde und dadurch an Abonnenten gewinne.

Unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, kann der neueste Skandalartikel des Blattes, der sich der Veränderung halber wieder einmal mit der Sozialdemokratie befaßt, nicht besonders auffallen. Unter der Ueberschrift „Zur Palastrevolution im „Vorwärts““ leidet sich das Blättchen in seiner Nummer vom 28. Januar wieder einmal folgende „Berliner Korrespondenz“ aus den Fingern:

Der alte Diebnecht geht wieder einmal auf die Agitationstour nach Holland, wo er sich mit den von der „alleinseigmachenden“ Sozialdemokratie abtrünnigen Anarchisten Domela Nieuwenhuis und Genossen herumzankt. Ob er Erfolge erringen wird, möge dahingestellt bleiben und ist im Grunde auch höchst gleichgültig. Das interessanteste an der Sache ist nur, daß Genosse Kuer ihr als Chefredakteur im „Vorwärts“ vertreten wird. Was wir bereits

im Oktober vorigen Jahres berichteten, wird nicht mehr lange auf sich warten lassen. Thatsache ist, daß Kuer bereits seit 1. Januar d. J. als Chefredakteur des „Vorwärts“ thätig ist, Diebnecht aber nur mehr den Namen und Gehalt dieser Würde hat. Vor einem Hinabwurf des greisen Führers coram publico hat man sich im sozialdemokratischen Parteilager doch gesücht, denn Diebnecht besitz unter den Kreisen der Genossen zu viel Popularität. So wird Diebnecht vielleicht noch ein oder zwei Jahre den Chefredakteur-Gehalt von 7200 M. beziehen, um dann für seine Verdienste um die Sozialdemokratie auf Parteikosten pensionirt zu werden. Wir erinnern daran, daß Kuer die seinerzeit viel besprochenen Artikel gegen Dr. Quard verfaßt und so den direkten Anstoß zu der Palast-Revolution im „Vorwärts“ gegeben hat. Die „Dynamite Braun“ hat also ihr Ziel zum Theile wenigstens erreicht; fester denn je sitzt sie im Parteifaktel und thut sich an der Krippe der Partei gütlich. Dr. Wolf Braun ist die rechte Hand Kuer's und vorläufig dessen Stellvertreter. Den geschäftlichen Theil des „Vorwärts“ leitet jetzt Bamberger, Singer's guter Freund und Kampfgenosse gegen Diebnecht. Es erscheinen also unsere Mittheilungen im September v. J., daß bei der Palast-Revolution im „Vorwärts“ Singer und Bamberger die Hintermann bilden, wiederum bestätigt. Diese Veränderungen gingen in aller Stille vor sich, niemand sollte davon erfahren, daß etwas im Staate Sozialdemokratie laut ist. Solche Angelegenheiten pflegen die Genossen, so sehr sie auch für die Öffentlichkeit schwärmen, unter sich, hinter geschlossenen Thüren mit einander abzumachen. Aber bekanntlich pflegen auch die Hände Ohren zu haben.

Wir würden dieses Produkt, das wieder einmal beweist, daß die Luft noch lange nicht von den Löh- u. Ledert-Brüdern gereinigt ist, gar nicht erwähnt haben, wenn nicht anzunehmen wäre, daß die arbeitserfindliche Presse trotz der schlimmen Kennzeichnung, den der „General-Anzeiger“ in dem bekannten Spiegelprozess erlitten hat, auch über den neuesten Klatsch heischig herfallen werde. Daß auch dieses auf Abonnentenfang bezogene Sensationsprodukt vollständig erstunken und erlogen ist, und etwa auf gleicher Stufe steht, mit dem Ledert-Prozess an den Pranger gestellten Sensationsnachrichten, brauchen wir wohl nicht erst auseinander zu setzen. Solche Erbärmlichkeiten lehnen aber aus neue, was für Angehörige unter der bürgerlichen Presse haust. Die Stumm'sche „Post“ hat selbstverständlich den Artikel abgedruckt.

Von der vorgestrigen Illumination zeigen sich die Ordnungsbücher nicht in sehr hohem Grade befriedigt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ befaßt sich mit der Froskel, daß die Illumination zwar nicht allgemein war, aber doch in den reich beleuchteten Hauptstraßen ein glänzendes Bild geboten habe; unabhängigere Blätter brücken sich klarer über die verminderte Leuchtkraft des bürgerlichen Patriotismus aus. Nach unserer eigenen Beobachtung bot der Abend des 27. Januar im Vergleich mit früheren Jahren einen sehr bescheidenen Anblick. Die Leipzigerstraße, die sich sonst immer reich erhob, sah vorgestern in ihrer östlichen Hälfte bis zur Charlottenstraße nicht anders aus, als an gewöhnlichen Abenden, und weiterhin hatten einige größere Geschäfte auch nur die von früher her bekannte Freibleuchtung auf dem Schußfeld geholt. Mannigfacher war die Illumination der großen Restaurationshotels Unter den Linden, wo die Edelsten und Besten ihre Schmäuse abhalten. Im eigentlichen Konfessionsviertel hatten manche Geschäftsinhaber ihr Speisekonto anscheinend höher als sonst belastet; und wie wir vernehmen, soll in dieser Gesellschaft der Jubel so allgemein gewesen sein, daß mehr als ein Großkonfessionär um Mitternacht gerührt seinem Prokuristen an die Brust faßte und feierlich den festesten Schwur that, auch bei ferneren Gelegenheiten die Ordnung vor den ausgemergelten Arbeitern und Arbeiterinnen durch die währten Mittel des Treubrucks und anderer Perfidien zu schützen. Auf den Straßen walteten natürlich die Schulleute pflichtgetreu ihres Amtes und stritten hier und da einen Halbstarren, der gar zu unheimlich seiner Enttäuschung über das verminderte Schauspielgepränge Luft gemacht hatte.

Eine patriotische Kundgebung. Zu recht rohen Ausschreitungen kam es, wie berichtet wird, vorgestern Abend gelegentlich der Illumination Unter den Linden. Am Café Bauer hatten zu beiden Seiten des Mittelweges etwa zwei- bis dreihundert halbwüchsige Luschen und Rowdies Posto gefaßt. Sobald nun eine Equipage oder Droschke erster Klasse vorüberfuhr, überhäuften die Burschen die darin sitzenden Passagiere mit unflätigen Redensarten. Später, etwa gegen 9 1/2 Uhr, stieg die Ausgelassenheit des Böbels derartig, daß er gegen die Fuhrwerke, namentlich aber gegen die offenen Droschken erster Klasse ein förmliches Bombardement mit Schneebällen eröffnete. Es passirte, daß eine junge Dame, von einem riesigen Klumpen Schnee ins Auge getroffen, laut aufschrie. Die Kleider der auf so brutale Weise Zugetrichterten waren über und über mit Schnee bedeckt. Die daselbst postirten Schulleute vermochten dem wilden Treiben nicht energisch genug entgegenzutreten, und so kam es, daß nicht ein einziger der Burschen verhaftet werden konnte. — Wie kommt es, daß von Arbeiterseelen nie derartige Nothheiten zu berichten sind?

Sehr feierlich hat ein Arzt Dr. S. den 27. Januar begangen. Als ein Kassamitglied zu Beginn der Nachmittags-Sprechstunde die Wohnung des Mediziners betrat, um sich gesund zu melden, erhielt es den Bescheid, daß diesmal zur Feier des Tages keine Sprechstunde stattfinde; aus gleichem Grunde wurden zwei Frauen abgewiesen, die den Arzt zu ihren kranken Männern herbeirufen wollten.

Musterpatrioten. Die Untersuchungssache gegen den Buchhändler Finkling, der durch Reisende Erdbauungsschriften u. c. mit dem aufgedruckten Vermerk: „Ein Theil des Reinertrages ist für Arme und Nothleidende bestimmt“, vertrieben, vom Reinertrage aber nichts abgeführt haben soll, dürfte auch noch andere Verleger in ihre Kreise ziehen. Finkling, dessen Vertbeidigung Rechtsanwalt Bunge übernommen hat, hatte bis zum vorigen Jahre hauptsächlich den Generalvertrieb von patriotischen u. s. w. Werken, die bei anderen Verlegern erschienen waren. So verkaufte er in den Jahren 1890 bis 1896 „Germania's Ruhm und Ehr.“ und „Unser Vaterland in Waffen“ aus dem Verlage von Paul Kittel aus der Yorlstr. 13. Kittel hatte den Bestimmungssatz dieser Lieferungswerke mit dem in die Augen springenden Vermerk versehen lassen: „Der Reinertrag dieser Sonderausgabe ist zur Pflege verwundeter oder erkrankter Krieger in Deutschland bestimmt.“ Unter dieser patriotischen Flagge ließ er Finkling für sich arbeiten. Die Erfolge, die dieser für ihn erzielte, sind staunen-erregend. Finkling setzte für Kittel allein im Jahre 1896 nicht weniger als 242 870 Hefte von „Germania's Ruhm und Ehr.“, das Stück zu 50 Pf. ab; im folgenden Jahre waren es 128 000 Stück. Die anderen Jahre sollen mindestens ebenso hohe Betriebszahlen aufweisen. Auch gegen Kittel schwebt schon seit mehreren Jahren ein Ermittlungsverfahren, wie es gegen Finkling seit mehreren Jahren anhängig war, und zwar wegen Betruges. Die Staatsanwaltschaft soll in der letzten Zeit aber auch noch verschiedenen anderen Verlags-geschäften, die mit ähnlichen Reinertrags-Versicherungen arbeiten und arbeiten lassen, ihre Aufmerksamkeit zugewendet haben, um mit diesem Schwindel einmal gründlich aufzuräumen.

Zu Konfessionskreisen wird, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet, jetzt lebhaft dafür agitiert, daß die im Berliner Westendkollegium durch das Ableben des Fabrikbesizers W. Hageberg freigewordene Stelle mit einem Vertreter der Damenmäntel-Branche besetzt würde. Es wird darauf hingewiesen, daß dem Konfessions-geschäft, als einem der bedeutendsten des hiesigen Platzes, eine solche Vertretung von Rechts wegen gebühre und deren Mangel während des letzten Streiks von den Arbeitgebern der Branche schwer

empfunden worden sei. Gegen den an stelle Hagelberg's in Aufsicht genommenen Kandidaten für das Kellereienkollegium, gleichfalls einen Vertreter der Papierindustrie, soll ein Gegenkandidat aufgestellt werden, der nach der Hoffnung der Unternehmer zum mindesten dasselbe Maß von Arbeiterfeindschaft bekunden wird, wie der verstorbene Luzuspapierfabrikant.

Verschiedene ausländische Ordenverleihungen werden in der gestrigen Nummer des Reichs-Anzeigers bekannt gegeben. Eine erschütternde Wirkung dürfte die Neuigkeit ausüben, daß der Großherzoglich-türkische Orden dritter Klasse dem Chefredakteur und Eigentümer des in Berlin erscheinenden „Kleinen Journal's“, früheren Rechtsanwält Dr. Leo Leipziger zu Berlin verliehen worden ist. Der Orden dient namentlich als Auszeichnung für Beweise persönlichen Muthes (auch in Duellangelegenheiten). Ein anderer hiesiger Chefredakteur und Zeitungseigentümer, Herr Dr. Hugo Ruffad vom hiesigen „Freudensblatt“ hat einen westenburgischen Orden erhalten. Worin die Verdienste dieses Herrn um das Land mit dem Waffelkopf im Wappen bestehen, ist uns unbekannt. Einen merkwürdigen Orden hat der Polizeipräsident v. Wundheim bekommen, nämlich den der zweiten Stufe der zweiten Klasse des kaiserlich-chinesischen Ordens vom doppelten Drachen. An hiesige Polizeibeamte ist auch eine beträchtliche Anzahl bulgarischer Orden vertheilt worden. Der berühmte Ferdinand hat u. a. den Polizeipräsidenten, den durch das Höllenmaschinen-Katzenat bekannt gewordenen Obersten Krause und den Polizeihauptmann Feist decorirt.

Streikbrecher für Hamburg wieder der Restaurateur und Schiffsmakler Karl Dröschner, Berlin NW., Schiffbauerdamm 88 an, was wir der Arbeiterschaft hiermit zur Warnung mittheilen.

Eine Versammlung von Gänsemästern beriet über die Schritte, welche gegen die vom Bundes der Landwirthe von der Regierung erbetenen Maßnahmen, betreffend die Einfuhr russischer Gänse zu unternehmen seien. Durch eingehende Vorlesungen wurde nachgewiesen, daß das Verbot der Einfuhr russischer Gänse hygienisch völlig bedeutungslos sei, da die „Geflügelcholera“ bei etwaigem Eingehen dieser Thiere keine Rolle spiele; und ferner wurde allgemein die Ansicht bekundet, daß das Einfuhrverbot zwar die Waare erheblich theurer, dem Landmann aber kaum nützen werde. Eine Kommission wurde damit betraut, die erforderlichen Abwehrmaßnahmen gegen das Vordringen der Agrarier zu ergreifen. Bemerkenswert ist noch, daß nach Deutschland jährlich etwa 5 Millionen Gänse eingeführt werden, nach Berlin kommt etwa 1 Million.

Ein Eisenbahntarifsurisium, das sehr wenig bekannt zu sein scheint, besteht auf der Stettiner Eisenbahn. Vom Gesundbrunnen nach dem Stettiner Bahnhof kostet eine Fahrkarte für die vierte Klasse in den Fernzügen 5 Pf., umgekehrt aber 10 Pf. Die Vorzüge führen keine Wagen vierter Klasse und darum ist es erlaubt, diese Züge mit Fahrkarten vierter Klasse für Fernzüge zu benutzen, so daß man für fünf Pfennig vom Gesundbrunnen in dritter Klasse nach dem Stettiner Bahnhof in der Invalidenstrasse fahren kann, was weder mit der Pferdebahn, noch mit einem Omnibus möglich ist.

Während durch den Schneefall in Berlin mancher Arbeiter sich einen wenn auch nur lärglichen Verdienst verschafft hat, sind durch die gleiche Ursache in der nächsten Umgebung der Stadt fast ebenso viele Leute entlassen worden. Sämtliche Eiswerke haben ihre Thätigkeit mit der Eisernste einstellen müssen, weil infolge des hohen Schneefalles das Schmelzen des Eises nur unter erschwerten Umständen ermöglicht ist. So haben die Norddeutschen Eiswerke allein am gestrigen Tage 300 Arbeiter entlassen.

Große Arbeitslosigkeit herrscht, wie berichtet wird, zur Zeit unter den Kellnerinnen. Viele Kneipen mit Damenbedienung sind infolge der Unkunst der Zeit in den letzten Monaten eingegangen, andere, namentlich solche, die mit Singpielhallen verbunden sind, haben, insbesondere aus Rücksicht auf die strenge Handhabung der Polizeistricke in Damentheatern, Kellner angestellt.

Ein schwerer Unfall ereignete sich Donnerstag Vormittag an der Wall- und Hofstraßen-Ecke. Ein junges Mädchen verlor beim Ueberschreiten des Fahrweges an einem schwer beladenen Kollwagen noch vorbeizukommen, stürzte aber plötzlich vor den Pferden und wurde nun von dem schweren Wagen über beide Beine gefahren, so daß diese vollständig zermalmt wurden. Die Verunglückte, die ohnmächtig geworden war, wurde schleunigst nach einem Krankenhaus gebracht.

Ein großer Dachstuhlbrand wüthete am Mittwoch Abend gegen 10^{1/2} Uhr auf dem Grundstück Nr. 87. Das Feuer, über dessen Entstehen näheres bisher nicht zu ermitteln war, schlug beim Eintreffen der ersten Feuerwehrrüge bereits in hellen Flammen aus dem Dache hervor, so daß man mit fünf Dampfsprizen vorgehen mußte.

Angeschwemmt und gelandet wurde vor dem Hause Schiffbauerdamm 5 eine unbekannt weibliche Leiche.

Selbstmorde. Am Mittwoch Nachmittag wurde im Gasthose von Kamin, Spandauerstr. 81, der am Tage vorher dort angekommen, etwa 30 Jahre alte Kaufmann Gustav P., angeblich aus Hannover, erschossen vorgefunden. Die Veranlassung zum Selbstmorde konnte nicht ermittelt werden. — Mittags wurde im Freudenlogis von Kapell, Invalidenstr. 102, der 52 Jahre alte Kaufmann Martin W. und abends der 58 jährige Kassendirektor August K. in seiner Wohnung, Belle-Alliance-Platz 7, erhängt vorgefunden. In beiden Fällen liegt unzweifelhaft Selbstmord vor. K. war früher bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft angestellt, war aber, da er einen Tausendmarktschein verloren hatte, am 1. Januar entlassen worden und hatte bis jetzt keine neue Stellung gefunden.

Eine schwere Verbrennung hat sich Mittwoch Abend das einjährige Söhnchen Arthur der Maurer Schwarz'schen Eheleute an der Brunnenstr. 37 zugezogen. Der Kleine befand sich um 8 Uhr abends mit seiner Mutter in der Küche. Als die Mutter sich einen Augenblick von ihm weggewandt hatte, leiterle er auf die Kochmaschine, auf der ein Theelöffel mit siedendem Wasser auf dem Feuer stand. Um hieraus zu trinken, setzte er die Lülle an den Mund und goß sich nun das heiße Wasser hinein. Dabei verbrannte sich der Kleine die oberen Luftwege so schwer, daß man ihn in ein Krankenhaus bringen mußte.

Verstorbene. In der Nacht vom 22. d. M. das 17-jährige Dienstmädchen Martha Kupe aus Frankfurt a. O., das bei dem Kupferstecher Weder in der Adalbertstraße 53 in Stellung war. Das Mädchen ging nachmittags um 4^{1/2} Uhr weg und wollte sich angeblich nach Friedrichsberg begeben, um sich das Dienstbuch abstempeln zu lassen. Von diesem Ausgange ist es nicht zurückgekehrt.

Aus den Nachbarorten.

Den Parteigenossen von Steglitz und Friedenau zur Nachricht, daß die Vereinsversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins am Dienstag, den 2. Februar ausfällt, und zwar wegen der öffentlichen Agitationsversammlung, welche am Sonntag, den 31. Januar, nachmittags 3 Uhr, in Steglitz im „Gambrius“, Ahornstr. 15a, stattfindet. In dieser Versammlung spricht Genosse Wagner über Presse und Sozialdemokratie. Um recht zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

An die Parteigenossen von Niddorf! Am Sonntag, den 31. Januar, vormittags 11^{1/2} Uhr, findet in den Victoria-Sälen in Niddorf eine Matinee statt, welche vom Gefängnis-Gesellen unter Mitwirkung mehrerer Gesangs-, Theater- und Musikvereine veranstaltet ist. Der Gesamtaberschluß ist für die unabhängigen Hefenarbeiter in Hamburg bestimmt. Die Parteigenossen werden ersucht, nach Kräften Eintrittskarten zu kaufen, welche zum Preise von 20 Pf. zu haben sind. Der Vertrauensmann.

Innerhalb einer Woche sind in das Untersuchungsgefängnis des Landgerichts II in Roabit nicht weniger als drei Personen aus Fürstenaalbe eingeliefert worden, welche sich Sittlichkeitsverbrechen haben zu schulden kommen lassen.

Die neue Bauvorschrift-Verordnung über die landhausmäßige Bebauung der Vororte unterliegt, wie wir erfahren, gegenwärtig abermals der Prüfung des Bezirks-Ausschusses zu Potsdam, welcher sich bekanntlich vor einiger Zeit gegen jede Einschränkung der für landhausmäßige Bebauung vorbehaltenen Gemeindegebiete ausgesprochen hatte, jetzt aber auf die erneuten Petitionen, namentlich von Friedenau und Steglitz, sowie auf die Stellungnahme des Abgeordnetenhauses und auch der Regierung zu Gunsten dieser Gemeinden hin sich zu der Frage ebenfalls „günstiger“ stellt. In erster Reihe dürften die Bestimmungen über die landhausmäßige Bebauung für Friedenau abgeändert werden, wo am Dienstag mehrere Vertreter des Bezirksausschusses eine umfassende Ortsbesichtigung vornahmen. Genaueres über den jetzigen Standpunkt des Bezirksausschusses läßt sich aber noch nicht mittheilen. Werden da die Grundstückswechsler sich freuen!

Auf den Havelsee unterhalb Spandau hat das Eis in den letzten Tagen eine solche Stärke erreicht, daß Kutschwerke mit zwei Pferden darüber fahren können.

Der Randmörder Friedrich Körbe hat vor dem Untersuchungsrichter in Spandau ein umfassendes Geständniß abgelegt. Danach hat er die Absicht gehabt, den Herbergswirth Kern zu ermorden und sich dann der Geschäftsstelle zu bemächtigen. Körbe macht einen äußerst beschränkten Eindruck, schreit aber trotzdem ein ganz verschlagener Bursche zu sein, denn er hat vor einiger Zeit in Spandau mehrfache wohlgelungene Schwindelen verübt. Der überfallene Herbergswirth liegt schwer krank darnieder und dürfte kaum wieder völlig hergestellt werden; Lebensgefahr ist indess nicht vorhanden.

Ein schweres Sittlichkeitsverbrechen in Verbindung mit Raub ist, wie nachträglich bekannt wird, am Sonntag Abend in Spandau verübt worden. Ein 15-jähriges Mädchen, das in Berlin dient, hatte seine auf dem Charlottenburger Diefelant-Karolinenhöhe beschäftigten Eltern besucht und wollte sich abends, um nach Berlin zurückzukehren, zum Bahnhof begeben. Auf der Potsdamer Chaussee, unweit der Trausdorfer, wurde es von einem Soldaten-uniform tragenden jungen Menschen überfallen, verewaltigt und des Portemonnaies mit mehreren Mark Inhalt beraubt. Der Unmenschen drohte s^r Lipper mit einem Messer, wenn es schreien würde. Die Polizei sucht den Thäter unter den Soldaten.

Kunst und Wissenschaft.

Schubert-Feier. Wir wollen nicht versäumen, hierdurch noch einmal auf das am morgigen Sonnabend im Böhmischen Brauhause von der Arbeiter-Bildungsschule veranstaltete Konzert hinzuweisen, das in anbetrach des am 31. Januar wiederkehrenden 100. Geburtstages des echt volkshäuslichen Komponisten Franz Schubert zu einer Gedenkfeier für diesen Mann gestaltet wird. Die von namhaften und hervorragenden Künstlern angeführten Vorträge, — Kammermusik, Klavier- und Gesang, — sind ausschließlich Schubert'sche Kompositionen. Den einleitenden Vortrag über den Komponisten und seine Bedeutung für das Volk wird, wie bereits mitgeteilt, Herr Dr. C. Krebs halten, als Pianist wird Herr Anton Förster, als Violinist Herr Paul Müller, als Cellist Herr Hugo Decker mitwirken. Fräulein Martha Pirne hat die Gesangsvorträge übernommen. Ein zahlreicher Besuch wird hoffentlich den reichen Aufwendungen entsprechen. Billets sind, wie man uns mittheilt, noch in sämtlichen Zahlstellen und von 5—8 Uhr in der Beschaale, Brunnenstr. 25, zu haben.

Ein „Franz Schubert-Abend“ veranstaltet das Schiller-Theater im Bürgerhause des Rathhauses zur Feier von Schubert's hundertjährigem Geburtstag.

Die Neue Freie Volkstheater veranstaltet nächsten Sonntag, den 31. Januar, nachmittags 2^{1/2} Uhr, im Central-Theater eine zweite (genussvolle) Aufführung von Dreyer's „Winterstiel“. Neue Mitglieder werden noch angenommen.

Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater findet heute die erste Darstellung des Schauspiels „Genußthung“ von Maufen statt. Um die Aufführungen des Volksstückes „Der Lohvogel“ nicht zu unterbrechen, beginnt die heutige Vorstellung andernsweise um 1^{1/2} Uhr mit „Genußthung“, worauf um 8^{1/2} Uhr „Der Lohvogel“ in Szene geht.

Im Alexanderplatz-Theater wird morgen zum ersten Male „Eine pflanzte Ege“, Pöffe von Prudent, gegeben.

Geriichts-Beitrag.

Eine Schlägerei zwischen Unteroffizieren und Jübilisten vor der Alexander-Kaserne war die Veranlassung, daß sich der Richter Wiegel und der Arbeiter Hanne mann infolge des vom Regimentskommandeur Oberst von Mollke gestellten Strafverfahrens thätlicher Beleidigung vor der 140. Abtheilung des Amtsgerichts I eine Anklage zogen. Am 1. Dezember vorigen Jahres rief kurz vor Zapfenstreich in der Kleinen Alexanderstraße der Unteroffizier Joachim Schütt der 4. Kompanie Kaiser Alexander Garde-Regiments seinem Kameraden Julius Korpis zu, um ihn zu veranlassen, sich schneller nach der Kaserne zu begeben. Der vorübergehende Angestellte Hanne mann habe den Juris des Unteroffiziers Schütt und bezog denselben auf seine Person, indem er annahm, daß ihm ein Schimpfwort nachgerufen sei. Anstatt dieses Mißverständnisses auf sich beruhend zu lassen, wurde durch das Dagwischenretzen des nacheilenden Unteroffiziers Korpis ein Straßenstandal herbeigeführt. Nun verlangte der in der Nähe stehende Rutscher Wiegel die Feststellung der Unteroffiziere, um deren Namen und Kompanie zu erfahren, und berührte den Unteroffizier Korpis an der Schulter. Letzterer sah diese Bewegung für einen Angriff an und wehrte den Wiegel durch einen Schlag ins Gesicht von sich ab. Hiermit war der Unteroffizier noch nicht zufrieden und rief einen vorübergehenden Detonationsmehrwert herau, von dem er sich das Seitengewehr geben ließ. Mit der blanken Waffe erhielt Wiegel 3 wuchtige Hiebe über den Kopf, so daß er blutüberströmt weichen mußte. In seiner Vertreibung griff sehr Wiegel nach seiner Schnapsflasche und schlug damit auf den Unteroffizier Korpis derart ein, daß letzterer die Flucht ergriff. Hanne mann eilte nach und holte den Unteroffizier kurz vor dem Kasernenportal ein. Beide stürzten hin, die hinzukommende Kasernenpatrouille verhaftete die beiden Angeklagten und brachte sie mit aufgeflepptem Seitengewehr nach der Kasernenwache. Da die Unteroffiziere in der Hauptverhandlung behaupteten, daß sie zuerst angegriffen worden seien und überhaupt kein Schimpfwort ausgesprochen hätten, so beantragte der Staatsanwalt wegen gefährlicher Körperverletzung und thätlicher Beleidigung gegen Wiegel eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten unter Verlegung mildernden Umstände, gegen Hanne mann wegen thätlicher Beleidigung 30 M. Geldstrafe und Publikationsbefugnis. Wiegel bestritt die Angaben der Unteroffiziere und hatte deshalb verzichtet, gegen dieselben einen Strafantrag zu stellen, weil der Polizei-Wachmeister ihm gerathen hatte, davon Abstand zu nehmen, da durch eine Untersuchung die Karriere der Unteroffiziere gefährdet werden könne. Der Gerichtshof nahm als erwiesen an, daß sich Wiegel in der Abwehr eines unberechtigten Angriffes befunden habe, und in anbetrach dessen, daß der Unteroffizier sogar mit dem Seitengewehr einschlug, nur eine Nothwehr vorlag. Nur darin, daß Wiegel dem Unteroffizier zu nahe kam und an der Schulter berührte, um den Nummernkopf der Kompanie zu sehen, konnte eine thätliche Beleidigung gefunden werden, die mit 3 M. Geldstrafe hinreichend gesühnt erachtet wurde. In dem Verbalten des Hanne mann, der mit dem Unteroffizier zu Boden fiel, konnte nicht

Strafbares gefunden werden, weshalb die Freisprechung erfolgte.

Im Antrage des verurtheilten Journalisten Heinrich Decker hat Rechtsanwält Dr. Coßmann nunmehr der III. Strafkammer angezeigt, daß die Prüfung der Gründe des Urtheils vom 7. Dezember v. J. zu dem Ergebnisse geführt habe, daß das Urtheil in bezug auf diesen Angeklagten mit dem Rechtsmittel der Revision nicht anfechtbar erscheint. Die Begründung des von dem früheren Vertheidiger eingelegten Rechtsmittels ist deshalb unterblieben und letzteres zurückgezogen worden. Es soll versucht werden, im Gnadenwege eine Herabminderung der Strafe zu erzielen.

Nochmals die Tellerammlung als genehmigungspflichtige öffentliche Kollekte. Unser Parteigenosse Lindemann in Niddorf wurde als Einberufer einer öffentlichen Tellerammlung dafür verantwortlich gemacht, daß dort eine Tellerammlung ohne behördliche Genehmigung vorgenommen wurde. Er sollte eine öffentliche Kollekte im Sinne der vielgenannten Instruktion für Oberpräsidenten von 1825 veranstaltet und sich gegen die Regierung's-Polizeiverordnung vom 7. Januar 1891 verstanden haben. Das Schöffengericht verurtheilte ihn deshalb zu 10 M., die Strafkammer dagegen sprach ihn auf seine Berufung hin frei. Die genannte Polizeiverordnung erklärte das Berufungsgericht für unglültig, weil sie die Genehmigung öffentlicher Kollekten der Ortsbehörde und nicht den Oberpräsidenten zuschreibe. Eine Verordnung vom 8. August 1892 die dieselbe Materie betrifft, erkannte das Gericht wohl als gültig an, hielt sie aber nicht für anwendbar auf die Tellerammlung. Ferner nahm die Strafkammer an, es wäre noch nicht auf ein Verbot aller nichtgenehmigten öffentlichen Kollekten daraus zu schließen, daß die Instruktion vom 31. Dezember 1825 die Genehmigung zur Ausschreibung von öffentlichen Kollekten — kirchliche ausgenommen — in den einzelnen Regierungsbezirken oder den Provinzen den Oberpräsidenten übertrage. Ein derartiges allgemeines Verbot wäre ausdrücklich ausgesprochen worden, sofern man es beabsichtigte, und dann wohl auch an einem anderen Orte. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und plädierte für die Verurtheilung Lindemann's bezw. für die Zurückweisung in die vorige Instanz zur anderweiten Entscheidung. In der mündlichen Verhandlung am 28. Januar vertrat Rechtsanwält Wolfgang Heine den Angeklagten. Er machte unter anderem geltend: Die Instruktion für die Oberpräsidenten diene ihrer ganzen Bestimmung nach nur dazu, den Zuständigkeitskreis jener Beamten zu bestimmen; es werde ihnen darin nur die Genehmigungsbefugnis erteilt. Wenn den Oberpräsidenten so das Recht gegeben werde, öffentliche Kollekten zu genehmigen, dann sei damit indessen noch lange nicht gesagt, daß jede nicht genehmigte öffentliche Kollekte rechtlich unzulässig sei und daß sich ihr Veranstalter strafbar mache. Die fragliche Anweisung an die Oberpräsidenten könne auch so aufgefaßt werden, daß die Genehmigung von gewissen Kollekten durch hohe Beamte ermöglicht werden sollte, um diesen Kollekten beim Publikum ein höheres Ansehen, einen autoritativen Anstrich zu geben. Auch sei die Annahme des Landgerichts werthlos, daß die Worte in der Instruktion: — öffentliche Kollekten in einzelnen Regierungsbezirken oder den Provinzen — andeuteten, daß nur große, allgemeine, sich über Regierungsbezirke oder Provinzen erstreckende Kollekten gemeint seien. Selbst wenn man der Instruktion weitere Eigenschaften als die einer Anweisung beimessen würde, ergäbe sich im vorliegenden Falle noch nicht ihre Anwendbarkeit. Denn sie spreche ja von der Genehmigung zur Ausschreibung von Kollekten, von der doch bei einer Tellerammlung nicht die Rede sein könne. In diesem Sinne habe sich sogar einmal der Minister des Innern mit bezug auf „bestimmte oder unbestimmte Eintrittsgelder in Versammlungen“ ausgesprochen. — Der Strafnat des Kammergerichts gab der Revision der Staatsanwaltschaft statt und wies die Sache in die Vorinstanz zurück. Zur Begründung führte der Vorsitzende aus: Die Instruktion für Oberpräsidenten vom Dezember 1825 scheint äußerlich allerdings kein Verbotsgesetz zu sein. Sie stellt sich aber inhaltlich als ein solches dar, da den Oberpräsidenten anschließend das Genehmigungsrecht für öffentliche Kollekten übertragen werde; sie verbiete damit, ohne Genehmigung öffentliche Kollekten zu veranstalten. (Sonderbare Auffassung!) Was das „Ausschreiben“ betreffe, so habe man darunter nach Annahme des Gerichts im Jahre 1825 „Veranstaltung“ verstanden. Die Instruktion beziehe sich auf alle Kollekten, abgesehen von kirchlichen, und zu den Kollekten gehörten die Tellerfassungen, wenn man sie im gewöhnlichen Leben auch als Tellerfassungen bezeichne.

„Die Gendarmen sind ja dazu da!“ Durch diese Worte sollte sich unser Parteigenosse Eisenhauer zu Johannes Thal der öffentlichen Beamtenbeleidigung schuldig gemacht haben. Am 31. Oktober früh beobachtete Eisenhauer auf dem Wege von Johannedthal nach dem Bahnhof Nieder-Schönweide zwei Personen, welche sich ein Vergnügen daraus machten, Plakate abzureißen, auf denen eine Einladung zu einer Volksversammlung enthalten war. Eisenhauer tadelte die Leute wegen des Unzugs mit den Worten, daß die Einladungen sie doch nichts angingen, wie sie dazu kämen, die Plakate abzureißen, dazu seien ja die Gendarmen da! Diese Zurechtweisung hörte der Fortkäufer Rosenow. Er rief unserem Parteigenossen nach: „Sie gehören wohl auch zu der rothen Gesellschaft, warten Sie nur, Jungelzen, Sie werden schon kriegen.“ Sie haben sich einer Beamtenbeleidigung schuldig gemacht.“ Der Fortkäufer theilte das Vorkommniß richtig dem Gendarm Steinbacher zu Nieder-Schönweide, sowie dem Gendarm Hauschild zu Johannisthal mit, und diese beiden Beamten hielten sich denn auch prompt beleidigt und stellten Strafantrag. Das Schöffengericht zu Köpenick, vor welchem Eisenhauer sich am 25. Januar zu verantworten hatte, erkannte auf Freisprechung. Der Staatsanwalt hatte 30 M. Geldstrafe beantragt.

Verfassungen.

Im Wahlverein für den dritten Reichstags-Wahlkreis hielt Reichstags-Abgeordneter Reus am Mittwoch einen Vortrag, worin er den Gedanken vertrat, daß die Erwerbung des Klassenbewußtseins in der breiten Masse des Proletariats und die Organisation desselben in erster Linie notwendig sei, um den organisierten Besitzenden die Macht zu entwenden und an stelle des Klassenstaates die sozialistische Gesellschaft zu setzen. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine Diskussion, in der mehrere Hebrer ihren Ansichten über eine geeignete Agitation und die Mittel zu derselben Ausdruck verliehen.

Frau Sanitätsrath Schwerin sprach am Mittwoch Abend in der Freien Vereinigung der Kaufleute vor einer überaus zahlreichen Zuhörerschaft über die soziale Stellung der Frauen in England. In fesselndem einstudiirtem Vortrage entwarf die Rednerin ein lebendiges Bild von dem Wirken der englischen Frauen in den Konsumgenossenschaften, der städtischen und privaten Armenpflege, den Gewerkschaften etc. dabei auch die deutsche Frauenbewegung freisprechend. In der sich entspannenden regen Diskussion vertrat Frau Emma Zimmer, Frau Rintsch und Fel. Baar, sowie die Mitglieder Simmel und Liepmann den Standpunkt der proletarischen Frauenbewegung, darauf hinweisend, daß die Sozialdemokratie die völlige Gleichstellung beider Geschlechter schon lange erstrebe und daher eine aparte Kampforganisation bürgerlicher Frauen so lange im Mißtrauen betrachtet werden müsse, bis sich diese ebenfalls auf antikapitalistischen Standpunkt stelle. In ihrem Schlußwort vertheidigte die Referentin in recht geschickter Weise ihren Standpunkt, nicht ohne hervorzuheben, daß sie manches Neue und Bemerkenswerthe aus der Polemik entnommen habe und weitere Ausprägungen beiden Theilen von Nutzen sein könnte. Zum Schluß wurde zum regen Abonnement auf den „Vorwärts“ aufgefordert, welchem Wünsche vielfach entsprochen wurde.

Die Kupferstiche verhandelten am 16. Januar über einen Antrag des Vorstandes betreffend die Erhöhung der Reise-Unterstützung von 2 auf 3 Pf. pro Kilometer. Der Antrag wurde nach längerer Debatte abgelehnt.

Meinen Freunden, Gönnern und dem geschätzten Publikum des Ostens die ergebene Mittheilung, daß ich

morgen Sonnabend mein 3. Kaufhaus, Grüner Weg 31, Ecke Andreasplatz, **eröffne.**

Jacques Raphaëli Berlin, Spandauer Brücke 2. Potsdamerstr. 106a, Steglitzstr. Ecke

Morgen Sonnabend: Eröffnung d. III. Kaufhauses, Grüner Weg 31, Ecke Andreasplatz, gegenüber d. Markthalle.

Verkauf von Cigarren, Schuhwaaren, Herren- und Knabengarderobe und Hüte.

Auf meine am Sonntag erscheinende ausführliche große Offerte wies den freundlichen Leser hin.

Theater.
Freitag, den 29. Januar.
Opernhaus. VI. Symphonie-Abend.
Schauspielhaus. Genoveva.
Deutsches. Joha Gabriel Dorfman.
Berliner. Renaissance.
Vesting. Les Dami-Vierges.
Westen. Unsere Frauen.
Neues. Marcella.
Residenz. Die Frauenjäger.
Unter den Linden. Hohe Burg.
Mund um Wien.
Central. Eine tolle Nacht.
Friedrich-Wilhelms-Theater. Geringfügiges.
Ehalla. Frau Lieutenant.
Belle-Alliance. Adam und Eva.
Schiller. Der Scherling.
Alexanderplatz. Ohne stützlichen Halt.
Chend. Der Wälschling.
Parodie. Genoveva.
Volk. Robert und Bertram.
Passage-Panoptikum. Traumbilder.
Apollon. Spezialitäten.

Belle-Alliance-Theater
Volks-Vorstellung
unter Regie von Julius Türk.
Sonntag, den 31. Januar, nachmittags
3 Uhr: Auf viel'achen Bergangen:
Don Carlos.
Eintrettskarten à 60 Pf. sind in
den bekannten Buchhandlungen zu haben.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr: Der Scherling.
Die Komödie der Irrungen.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Mit
Vergnügen.

Central-Theater.
Alle Jahrsfr. 30. Dr. W. Schülz.
Freitag, den 29. Januar cr.:
Emil Thomas a. G.
Zum 309. Male:
Eine tolle Nacht.

Thalia-Theater.
(vormals Adolph Grub-Theater).
„Frau Lieutenant.“
Schauspiel in drei Akten von Paul
Fertier und Antony Mars.
Deutsch von Hermann Hirschel.
Ruffit von G. Serpette und B. Roger.
Morgen und folgende Tage:
„Frau Lieutenant.“

Friedrich-Wilhelms-Theater.
Heute, Freitag, Anfang 1/8 Uhr:
Zum 1. Male:
Genugthuung.
Schauspiel
in 3 Akten von B. V. Ghrasen.
Hierauf, 7/8 Uhr: Der Postvogel.
Sonnabend 8 Uhr: Der Postvogel.
Sonntag, nachmittags 4 Uhr zu
kleinen (Abonnement-)Preisen: Die
Waise von Volpob. Schauspiel
in 3 Akten und 1. Teil nach dem
gleichnamigen Roman von Charlotte
Kirsch-Bethler. Abends 8 Uhr: Dorf
und Stadt.

Alexanderplatz-Theater.
Zum letzten Male:
Witzige Komödie! Ohne stützlichen
Halt. Stützenbild aus dem Berliner
Leben in 5 Akten v. Wilhelm Fried-
hold. Anfang 8 Uhr.
Bonds, auch die zu anderen Städten
ausgegeben sind, behalten ihre Gültig-
keit.
Morgen, Sonnabend, zum ersten
Male: Eine pitante Ehe. Pöffe
mit Gefang in 5 Akten von Eugen
Wrubens.
Sonntag, nachm. 4 Uhr, zu kleinen
Preisen: Aschenbrödel. Zauber-
märchen mit Gefang und Tanz in
6 Bildern von Volten-Büsters.

Ostend-Theater.
Or. Frankfurterstr. 132. Dr. G. Weß.
Der Wälschling.
Gefangs-Pöffe in vier Akten von
Ramon-Joh. Ruffit von G. Steffens.
Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Der
Wälschling. Sonntag, nachmitt.
3 Uhr: Der deutsche Wälschling.

Urania, Tauben-Strasse
No. 48-49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Sternwarte
Invalidenstr. 57/52
Vorträge von 7 1/2 Uhr abends ab
50 Pf. Im Theater: Saale täglich
8 Uhr abends Vorträge, mit Experi-
menten u. gr. Lichtbildern ausgestattet.
Näheres die Tagesanschlüsse.

Passage-Panopticum.
Bom 23. d. M. ab:
Affen-Theater
und Zirkus.
Vorstellungen
um 5 und 7 Uhr.

Castan's
Panopticum.
Die
indischen
Pygmäen
die kleinsten
Menschen der Welt!
Damen-Beischwimmen.

Münz- u. Kaiser Wilhelmstr.-Ecke
Winkler's großes
Anatomisches
Museum
Freitag von 2 Uhr ab: Damentag.
Entrée 50 Pf. 120M

Berliner Possen-Theater
Münzstrasse 17.
(Eingang Köpenickerstr.)
Direktion: Joseph Nidinger
und Leonhardy Gabel.
Geneigt für Max Nischinger:
Der Glückmacher.
Der Lumpenball.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Entrée 30 Pfennige.
Sonnabend, 31. Januar
wegen Privatfestlichkeit
geschlossen.
Die Direktion.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dr. J. Glüd.
Letzte Woche f. d. sensationelle
Januar-Programm
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Montag, den 1. Februar 1897:
Erstes Auftreten der berühmten
spanischen Tänzerin
Carmencita,
sowie des engl. Schönheits-Duinettes
The 5 Lorrison,
genannt: Das Empire-Quintett.
Erster: 12 neue Debuts.
Beginn der Vorstellungen ab
1. Februar um 7 1/2 Uhr.

Schippanowsky's
Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3.
Neu! Neu! Neu!
Im Frühlingssglanz!!!
Populäre Konzerte:
Im Hildebrand.
In der Rosenlaube.
Im Obgarten.
In der Hof- und
Im Weinberg.
Entrée frei! Entrée frei!
Theater-Abtheilung:
Auftreten von Humoristen, Komikern etc.
Hauswirths Lächelchen.
Voffe.
Ausschank der Berliner
Bock-Brauerei.

Feen-Palast, Burg-
strasse 22.
Direktion Winkler & Fröbel.
Nur noch bis Sonntag
das reichhaltige
Januar-Programm
Sonntag letzte Auftreten des ge-
samten so erfolgreichen
Künstler-Personals.
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Entrée 30 Pf. Reservirt 50 Pf.
Am 1. Februar durchweg
neue Spezialitäten.

Volks-Theater
34 Reichenbergerstr. 34
nahe dem Kottbuser Thor.
Bei dem anhaltenden Nachstrome:
Abends 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Robert und Bertram
Große Gefangnisse in 4 Akten
von G. Käber.
Robert: D. Kettner. Bertram:
R. Conrad. Möbel: Fräulein
Seiden. Jodelmeier: Herr
August Reiff. Jod: Herr
Brodert. Strambach: Herr
Richter. Jodore: Fr. Elise
Bendix.
Entrée 50 Pf. bis 10 Pf.

Concordia Variété-Theater
Brunnenstr. 154.
Täglich: Große Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.
Das beste Programm d. Nordens.
U. a. G. Carrá, brillante
Doppel-Jongleure.
Mira Herrmann, die feiste Soubr.
Otto Buddel, gefallt nach wie vor.
Neu einstudirt:
Bomben und Granaten, Pöffe.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Unterschied: Biletts haben Gültigkeit.

Circus Renz
Karlstrasse.
(Jubiläums-Zaifon 1896/97.)
Freitag, den 29. Januar 1897:
abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung.
Aufführung der Novität:
Aus der Mappe
eines
Kieferngebirgs-Phantasten.
Eine romantisch phantastische
Handlung. Von Direktor Franz
Renz und dem größtenteils besitz-
lichen Hofballmeister Aug. Niems.
Noch nie gesehene Kostüme!
Höchst charakteristische Dekorati-
onen. Ueberwältigende musikalische
Effekte.
Eibfall! Rockfall! Badefall!
Sonnabend, 30. Januar 1897,
abends 7 1/2 Uhr:
Aus der Mappe eines
Kieferngebirgs-Phantasten.
Sonntag, den 31. Januar 1897:
2 große Vorstellungen. 2
Nachmittags 4 Uhr: Ermüdigte
Pöffe und 1 Kind unter 10 Jahren
frei.) Aufführung des großen
militärischen Aushattungstückes
1870/71.
Abends 7 1/2 Uhr: Aus der Mappe
eines Kieferngebirgs-Phantasten.
Franz Renz,
Kgl. Kommissionsrath und Direktor.

Lumpe-Gastspiel
Parodie-Theater
Craniensfr. 52.
Jeden Abend 8 Uhr die Novität:
Genoveva, Pöffe am Rhein,
oder: Ein schwer geprüftes Frauen-
herz. Großes Ritterdrama in 5 Akten.

Viktoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112.
Heute
sowie jeden Freitag u. Montag:
Stettiner Sänger
(Mehsel, Pietro,
Britton, Steidl,
Arone, Röhl und
Zhrader).
Unter anderem:
Heber den Zapfen gekröhen.
Militärische Humorede.
Hüte's Zehmentreife.
Reuefied Ensemble von W. J. J.
Anfang präz. 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. (Neue Plakate).
Sonntag:
Konzerthaus Sanssouci,
Kottbuser Strasse 4a.

Circus Busch.
(Bahnhof Börse.)
Freitag, den 29. Januar, nachmittags 3 Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung.
Glänzendes Programm.
Abends 7 1/2 Uhr:
Nach Sibirien.
Reichhaltige Ausstattung. Noch in keinem andern Circus gewagte
equestre Effekte.
Außerdem: Humoristisches Programm. Sämtliche Klowns
mit ihren besten Nummern. Wiederauftreten des Rixdorfers
Bogowski. Dir. Busch mit seinen bedräft. Freizeitspferden.
Die vorzüglichsten Schulstücke. Spezialitäten I. Ranges.
Roujen: Nach Sibirien.
Sonntag: Zwei Vorstellungen. Nachmitt. 4 Uhr: Zschens.
Abends 7 1/2 Uhr: Nach Sibirien.

Alcazar
Variété und Spezialitäten-
Theater I. Ranges.
Dresdenerstr. 52/53 (Alte-Passage)
Münchstr. 42/43.
Neu! Mutter Anton. Neu!
Große Bauernposse mit Gefang und
Tanz in 1 Akt.
Letztes Wochenprogramm im Januar!
Herr. Wehling, Tanzkomiker Lotte
Eiger, Brauereistück mit 50 dresd.
Matten. Max Alfredo Rex, Salon-
Humorist. Ernst Kühne als
reicher Franzose. Großes Aftorias,
musikalische Klown ohne Konkurrenz.
Freizeitsarten haben Gültigkeit.
Am 1. Februar durchweg
neues Programm.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Entrée 30 Pf. R. Winkler.

Welt-Restaurant
Variété- und Spezialitäten-
Theater.
Dresdenerstr. 97.
Im vorderen Saal täglich bei freiem
Entrée:
Grosses Künstler-Konzert
Im großen Theatersaal:
Berliner Sportmädels.
Ausstattungs-Parade mit Gefang
Anfang: Entrée:
Wochent. 7 1/2 Uhr. Wochentags 20 Pf.
Sonntags 6 Uhr. Sonntags 30 Pf.
Frische Grützwurst
jeden Sonnabend, à 60 Pf. 60 Pf.
hoch. Thür. Rothwurst 65 Pf. zc. empf.
Plätz, Beifische, 17, Marktstraße.

Weltgeschichten.
Brodhans, Meyer's Lexikon.
Brehm's Thierleben, jedes wissen-
schaftliche Werk beiseit und taugt
Leichhaus u. Antiquariat Hofen-
thalerstr. 11/12. Aemter III. 8635.
Wassergarderobe.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Berein. Preiserhöhung.
Fr. Panknin,
Craniensfr. Nr. 175.
Waldenstr. 91.
Ecke Craniensfr. str.
Hirschfleisch à Fund 25. 30.
40 Pf. Markt 50 Pf.
Kale 70 Pf.
Wildschwein u. Kaninchen.
Cederbruch. Gänse. Gänse 2.80 und
3.- M., geputzt 3.25 u. 3.50 M.
Wild- und Geflügel. A. Ritschl,
Gaudlung
61 Dresdenerstr. 61 part.

Wohl fühlt sich
bei jeglicher Bitterung, wer
Brunnen-Strasse 110
(neben dem Pferdebahn-Depot)
bei **Jgnatz Sello** bezieht anerkannt
guten **Bism.** 1/2 Pf. inkl. von 90 Pf. an,
vorzählig. **Blühwein-Gegraft.** 1/2 Pf.
inkl. v. 1.10 M. an. **Zugvers.** Pfeffer-
minz. zc. ff. **Risore** 1/2 Pf. inkl.
1.10 M. 1/2 Pf. inkl. 55 Pf. **Zions-**
dorfer inkl. Orig.-Zit. 1/2 Pf. à 80 Pf.
Halb u. Halb. feinste Vollmischung,
per 1/2 Champagner-Fische inkl. 90 Pf.
alten Nordhäuser per Liter 50 Pf.
inkl. **Angarwein.** Orig.-Zit. 1/2 Pf. (Liter)
inkl. von 90 Pf. an. sowie feinste
Sorten **Beinc, Cognac** u. f. 10,
Spiritusen auch im Einzelverkauf nur
zu **Engrospreisen.** Billigste Bezugs-
quelle. Bitte genau auf Nr. 110
Brunnenstrasse Nr. 110 zu achten.

Der Ausstoß unseres
diesjährigen
Bockbieres
beginnt am
Sonnabend, 30. Januar cr.
Berlin, Johannisstr. 18/19.
Münchener Brauhaus, Actien-Ges.
Telephon: Amt III No. 8035.

„Ostara“ Gasglühlicht.
Bestes u. billigstes Licht d. Jetztzeit.
Compl. Apparat incl. Montage
3,00 Mark.
Glühkörper, für alle Systeme passend, 75 Pf.
do. frei Hand 85
Hermann Mähler,
Marsiliustr. 17.
Fernsprecher Amt VII No. 4360.

Die Mehlschlundung
von Rudolph Habermann, früher
u. Brodwogel, Manteuffelstr. 75
empfehle bestens: 2929
Rübsamen . . . 5 Pf. 5 Pf.
Spisamen . . . 15 Pf. 70 Pf.
Dattl . . . 13 . . . 60
Dattl . . . 15 . . . 60
Dattl, bunz . . . 10 . . . 45
Dattl, weiß . . . 12 . . . 55
Vollmaiz . . . 20
Taubenerbsen à 10 Pf. 1/2 Str. 1.-
Wicken . . . 10 1/2 . . . 1.-
Hüttermehle . . . 10 1/2 . . . 1.-
Rais . . . 10 . . . 1.-
Dattl, geschälzt . . . 20
Ankerbrot 20 Gramm 10 Pf.
Für 36 Mark
feinste Anzüge nach Maß. Für 30 M.
ff. Sommer-Jacket nach Maß. Für
8-12 M. feinste Hosen nach Maß.
Gehrod-Anzüge zu billigen Preisen.
Groß-Stofflager. 9655
Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Die weltbekannte
Bettfedern-Fabrik
Guthausstr. 46, Berlin.
Garantirte Bettfedern à 2 Pf. 50 Pf.
Ganzjährige Bettfedern à 2 Pf. 1.25
bester Goldhaaren à 2 Pf. 1.75
berühmte Datteln à 2 Pf. 2.25
Von diesen Datteln gewaschen
3 bis 4 mal zum großen Zweck.
Verpackung frei. Versch. u. Preisen
gratis. Viele Anerkennungs-
schreiben.

Sophatoffe
und **Reife**
in Ripz, Damast, Crèpe,
Phantastik, Gobelin und
Wisch sportbillig!
Proben franko!
in allen Qualitäten
zu Fabrikpreisen.
Berlin S.
Craniensfr.
Emil Lefèvre,
Nr. 158.

**Gardinen-
Rester-Ausverkauf**
Älterer Muster in weiß und crème zu
1-4 Restern passend, sportbillig in dem
Gardinenfabrik-Lager
Berlin O., Grüner Weg Nr. 80
part., Eing. vom Thur (sein Laden).
Neubeiten treffen täglich ein.

Verwaltung der Koelanstalt
Stadt. Schlachthof
Täglich (Sonntags vorm. von 7 bis
9 Uhr) Verkauf von:
Gekochtem Rindfleisch
à 30 und 35 Pf. per Pfund.
Gek. Schweinefleisch
à 40 Pf. per Pfund.

Betten, ein prachtvoller Stand,
inkl. f. 20 M. zu vert.
2084b) Reichenbergerstr. 6, u. 1 Tr. I.
Betten, Regulatoren, Remontoir-
ahren, Wäcker, Anzüge, Dosen, Goldwa-
ren, Ornamenten sportbillig. Französische
Kleiderstr. 6.

1861, Etude, 6 M., an Herrn dem.
Rever. Reichenbergerstr. 115. 2082b
Fr. Schaffelle's verm. Leininger,
Reimendorferstr. 19, u. 3 Tr.

Arbeitsmarkt.
Farbige, welche selbständig
arbeiten und vergolden können, ver-
Otto Panderhausen, Pringelstr. 99.
Junges Mädchen kann unter günst.
Bedingungen die Photographie er-
lernen bei **Blom & Larsen,**
Dresdenerstr. 67. 2085b
Eine nette Garnierin auf
Untersee verlangt **G. Schmal,**
Or. Frankfurterstr. 41-42, Hof
3 Tr. I.

Drahtarbeiter!!
Tüchtige Drahtarbeiter, die
selbständig arbeiten können, müs-
Weslingstraße, werden bei sehr gutem
Lohn für Hamburg gesucht.
Anfragen bei **L. J. Meyer,**
Steinstr. 90, Hamburg.

Ein durchaus tüchtiger
Stahlgraveur,
der auf Verheirathungen gut eingearbeitet
ist, gesucht.
9629*
Offerten mit Lebenslauf unter
Nr. 858 an die Annoncen-Exp.
D. Schürmann, Düsseldorf.
Kardeshteyer u. Stepperrinnen
verlangt bei hohem Lohn
David Meise, Jägerstr. 25.
Einem Theil der heutigen Auf-
lage liegt ein Prospekt des Kauf-
hauses Herrn. Zegall, Moabit,
Thurnstr. 33 (vormals Belle-
Alliancestr. 106) bei.